Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich 2,10 Mk. Vierteljährlich 6,30 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen 6,30 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Landboten 6,60 Mk. frei Haus. Einzelnummer 15 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 20 Pfg., im Reklameteil 60 Pfg., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Telefon Nr. 324.

Nr. 31 — Freitag, den 6. Februar 1920 — 46. Jahrg.

Deutschlands größte Schmach — die Auslieferung!

Der Ernst der Stunde.

Die deutsche Regierung hat die Auslieferungsliste nunmehr in der Hand und hat zu beraten, was werden soll. Unsere Gegner haben nicht hören wollen. Wir haben, wenn wir auch nicht recht daran glaubten, doch immer im stillen gehofft, daß unsere Gegner einen Funken von Verständnis für Menschlichkeit und für die Ehre des deutschen Volkes zeigen würden. Wir sind eines schlechteren belehrt worden. Nun sollen aber auch unsere Gegner, denn es handelt sich um Gegner und nicht um Mächte, mit denen wir eben Frieden geschlossen haben, sehen, was ist. Die deutsche Regierung teilt nunmehr den Wortlaut der Noten mit, die sie in der Auslieferungsfrage an die Entente gerichtet hat. Besonders bemerkenswert ist, daß dieser Notenwechsel eine Aufzeichnung zeigt, die eine freiere Sprache führt, als es sonst im diplomatischen Verkehr möglich ist, und in der deshalb ganz klar auf die Folgen des Auslieferungsbegehrens hingewiesen wurde.

Vor allem andern muß festgestellt werden, daß das ganze deutsche Volk, ohne Unterschied der Klasse und der politischen Parteien, das Auslieferungsbegehren aufs schärfste verurteilt. Durch diese ganz klare Stellungnahme des Volkes wird die Lage gekennzeichnet und der drohende Konflikt, der dadurch gegeben ist, daß die deutsche Regierung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages, einschließlich der §§ 228 bis 230, gezwungen wurde. Wenn die Regierung sich in Gegensatz zu der Meinung des ganzen Volkes setzen würde, so müßte sie, um die Durchführung dieser Paragraphen zu erzwingen, ein Gesetz einbringen, das in der Nationalversammlung natürlich nicht die nötige Majorität finden würde. Die Koalition würde auseinanderfallen. Aber selbst, wenn das Gesetz die Mehrheit fände, so würden sich keine Beamten finden, die an der Auslieferung ihrer Volksgenossen mitwirken würden. Die Regierung ist einer solchen Haltung gegenüber ohnmächtig. Sie kann die Beamten zwar aus ihren Stellungen entfernen, aber sie würde keine anderen finden, die mehr geneigt wären, sich ihren Befehlen zu fügen. Aber selbst schon durch die Tatsache, daß von der Regierung derartige Anweisungen gegeben würden, würde im Lande ein Sturm der Entrüstung entstehen. Die Folgen brauchen gar nicht näher beschrieben zu werden, sie liegen auf der Hand.

Im Zusammenhang damit würde der wirtschaftliche Zusammenbruch stehen, der nicht nur die §§ 228 bis 230, sondern den gesamten Friedensvertrag mit seinen über hundert Paragraphen völlig illusorisch machen würde. Unser Zusammenbruch würde aber zweifellos auch die bisherigen Gegner mit in den Abgrund reißen. Übertreibungen werden dem Ernst der Stunde nicht gerecht. Aber wir haben ein gutes Gewissen, daß wir nicht übertrieben haben, wenn wir die Lage so geschildert haben. Mögen unsere Gegner nun entscheiden, was werden soll. In ihre Hand ist gegeben: der Frieden oder das Weltenchaos.

*

Die deutsche Note zur Auslieferungsfrage.

Berlin, 4. Febr. Die am 25. Januar dem Präsidenten der Friedenskonferenz in Paris überreichte deutsche Note lautet:

Die deutsche Regierung hat den Regierungen der alliierten und assoziierten Hauptmächte Anfang November v. J. die verhängnisvollen Folgen dargelegt, die eine Durchführung der in den Artikeln 228—230 des Friedensvertrages enthaltenen Bestimmungen über die Auslieferung von Deutschen haben würden. Diese Darlegungen sind damals in einer den Vertretern der alliierten und assoziierten Hauptmächte überreichten, hier nochmals beigefügten Aufzeichnung zusammengefaßt worden. Die deutsche Regierung hat zur Vervollständigung dieser Darlegungen noch nachdrücklich darauf hingewiesen, daß das Auslieferungsbegehren der alliierten und assoziierten Regierungen in Deutschland zweifellos die schwersten Erschütterungen nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiete auslösen müßte. Diese würden die durchgreifenden Maßnahmen, welche die deutsche Regierung zur Vermeidung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, vor allem auf dem Gebiete der Förderung der Produktion, insbesondere von Kohle, zu ergreifen im Begriff steht, auf das Äußerste gefährden, wenn nicht unmöglich machen. Dies würde natürlich die ernstesten Rückwirkungen für die Erfüllung der wirtschaftlichen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag unmittelbar nach sich ziehen.

In der Aufzeichnung vom 5. November v. J. wurde zugleich der Weg einer für Deutschland erträglichen und praktisch durchführbaren Regelung der Angelegenheit angedeutet. Die alliierten und assoziierten Hauptmächte haben inzwischen auch Kenntnis von einem weiteren Schritt der deutschen Regierung erhalten, der erneut ihren ernsten Willen beweist, die an einem Kriegsverbrechen oder Kriegsvergehen schuldigen Deutschen der gerechten Bestrafung zuzuführen. Es handelt sich um das von den deutschen gesetzgebenden Körperschaften einstimmig angenommene, gleichfalls in einem Abdruck angeschlossene Gesetz zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen vom 18. Dezember 1919.

Der Friedensvertrag ist in Kraft getreten, ohne daß die alliierten und assoziierten Mächte ihren Willen zu erkennen gegeben hätten, in dieser Angelegenheit den dringenden Vorstellungen der deutschen Regierung Rechnung zu tragen. In der klaren, durch die Eindrücke der letzten Wochen nur noch verstärkten Überzeugung von dem außerordentlichen Ernst der Situation hält es die deutsche Regierung aber für ihre unabweisbare Pflicht, in letzter Stunde noch einmal an die alliierten und assoziierten Mächte heranzutreten, um die Angelegenheit einer die Interessen dieser Mächte befriedigenden, für Deutschland praktisch möglichen Erledigung zuzuführen. Sie wiederholt und präzisiert deshalb noch einmal den bereits früher zur Erwägung gestellten Vorschlag und gibt demgegenüber folgende Erklärung ab:

„Die deutsche Regierung wird die deutschen Strafverfolgungsbehörden anweisen, gegen alle Deutsche, die für von den alliierten und assoziierten Regierungen als eines Verstoßes gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges schuldig benannt werden, unverzüglich ein Strafverfahren auf Grund des zu übersehenden Materials einzuleiten. Sie wird alle Gesetze, die der Einleitung eines solchen Verfahrens etwa entgegenstehen, außer Kraft setzen, insbesondere die bestehenden Amnestiegesetze insoweit aufheben. Zuständig für das Strafverfahren soll das höchste deutsche Gericht, das Reichsgericht in Leipzig, sein. Außerdem wird der jeweils beteiligten alliierten und assoziierten Regierung das Recht eingeräumt, sich an dem Verfahren unmittelbar zu beteiligen. Über den Umfang dieser Beteiligung könnte eine besondere Vereinbarung getroffen werden. Es wäre z. B. eine Regelung in dem Sinne denkbar, daß die beteiligte alliierte und assoziierte Macht dem Verfahren einen Vertreter ihrer Interessen beiordnete, der befugt wäre, von allen die Sache betreffenden Schriftstücken und Akten Kenntnis zu nehmen, neue Beweisstücke vorzulegen, Zeugen und Sachverständige zu benennen, sowie überhaupt Anträge zu stellen und für die Interessen der verletzten Partei zu plädieren. Allen von den Vertretern gestellten Beweisanträgen würde stattzugeben sein. Solche Zeugen und Sachverständige, die Angehörige einer alliierten oder assoziierten Macht sind, würden auf Antrag des Vertreters von den zuständigen Gerichtsbehörden ihres Heimatstaates vernommen werden, wobei dem Angeklagten oder seinem Verteidiger die Anwesenheit zu gestatten wäre. Die von dem Reichsgericht erlassenen Urteile würden mit ihrer Begründung veröffentlicht werden. Die deutsche Regierung ist ferner bereit, über die Einsetzung einer zweiten Instanz in Verhandlung zu treten.

Die deutsche Regierung ist fest davon überzeugt, daß sich auf diesem Wege und nur auf diesem Wege die den Artikeln 228—230 des Friedensvertrages zugrunde liegenden Absichten der alliierten und assoziierten Mächte tatsächlich verwirklichen lassen. Würden diese Mächte dem entgegen auf der Auslieferung der angeschuldigten Personen bestehen, so würden sich aller Voraussicht nach nur solche Personen freiwillig den ausländischen Gerichten stellen, die sich schuldlos fühlen und deshalb auf eine Freisprechung rechnen können. Die wirklich Schuldigen dagegen würden der Bestrafung entgehen, da die Regierung, wie in der vorliegenden Aufzeichnung näher dargelegt ist, keine Organe finden würde, die bereit seien, die Verhaftung und Auslieferung durchzuführen.

Die Aufzeichnung vom 5. November hat folgenden Wortlaut: Der Standpunkt der deutschen Regierung, daß die Ehre und Würde des deutschen Volkes es nicht vertragen würden, wenn Volksgenossen, die eines Vergehens gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges beschuldigt werden, an fremde Gerichte ausgeliefert werden sollten, kann gegenwärtig nicht geltend gemacht werden. Aber die Tatsache, daß das ganze deutsche Volk ohne Unterschied der Klasse und der politischen Partei dieses Gefühl teilt, ist von entscheidender Bedeutung. Wenn trotzdem die deutsche Regierung versuchen würde, die Auslieferung durchzuführen, so würde sie auf allen Seiten auf den schärfsten Widerstand stoßen. Zunächst würde es wahrscheinlich notwendig sein, ein neues Gesetz zu schaffen, auf Grund dessen man zwangsweise zur Ausführung der Auslieferung, besonders zur Festnahme der auszuliefernden Personen schreiten könnte.

Wenn die Mitglieder der gegenwärtigen Regierung einen solchen Gesetzentwurf vorlegen würden, so würden sie in der Nationalversammlung nicht die nötige Majorität dafür finden. In ihren eigenen Parteien würden sie nicht Gefolgschaft finden, denn jede Partei, welche dem Gesetz zustimmen würde, würde bei den nächsten Wahlen kompromittiert sein. Aber selbst, wenn ein solches Gesetz angenommen werden würde, würden die Anordnungen der Regierung hinsichtlich der Auslieferung undurchführbar sein. Die Beamten, die bei der Auslieferung ihrer Volksgenossen mitzuwirken hätten, würden das Gefühl haben, persönlich dafür verantwortlich zu sein und würden sich nicht dazu hergeben, einen Deutschen festzunehmen, um ihn den Gerichten der alliierten und assoziierten Mächte auszuliefern. Die Regierung würde gegenüber einer solchen Haltung ohnmächtig sein. Sie könnte diese Beamten aus ihren Stellungen entfernen, aber es würden sich keine anderen finden, die mehr geneigt wären, sich ihren Befehlen zu fügen.

Aber abgesehen von diesen Schwierigkeiten würde die deutsche Regierung, wenn sie Anordnungen dieser Art geben würde, einen solchen Sturm der Entrüstung entfachen, daß sie sich sowohl gegenüber dem Lande, wie dem Parlament und den Reichswehrtruppen in einer äußerst schwierigen Lage befinden würde, deren Folgen im einzelnen nicht näher beschrieben zu werden brauchen.

Obwohl es dessen kaum mehr bedürfte, ist die Aufmerksamkeit der Regierung vor einigen Tagen auf die außerordentliche Schwierigkeit seiner Lage durch eine Mitteilung des Vorsitzenden des Zentrumspartei gelenkt worden. Der Berichterstatter der Zentrumspartei hat am 23. Oktober in öffentlicher Sitzung erklärt, daß die Mitglieder der Kommission davon überzeugt sind, daß die Auslieferung von deutschen Volksgenossen die größten Gefahren für das gesamte politische Leben, ja sogar für die politische Existenz Deutschlands nach sich ziehen würde. Die gegenwärtige Regierung sieht keinen Ausweg aus dieser Lage. Aber sie muß es als sicher betrachten, daß durch das Verlangen auf Auslieferung alle Bemühungen um den Frieden auf das schwerste gefährdet würden in dem Augenblick, wo der Friede sich nach unendlichen Schwierigkeiten zu verwirklichen scheint. Die deutsche Regierung ist sich dessen bewußt, daß sich von den alliierten und assoziierten Mächten nicht verlangen kann, ohne weiteres auf die Rechte, die sich aus den Artikeln 228—230 ergeben zu verzichten, sie weiß, daß ein vollkommener Verzicht der Artikel mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung unmöglich ist. Sie will den alliierten und assoziierten Regierungen aber auch nicht einen formellen und bestimmten Vorschlag einer anderweitigen Regelung machen.

Die Auslieferungsliste.

Dem „Hamburger Fremdenblatt" wird aus Paris gemeldet: Dienstag abend 8 Uhr erhielt Baron v. Lersner die Liste der auszuliefernden Deutschen, auf der 896 Namen stehen. Frankreich beansprucht 334, Belgien ebenfalls 334, England 97, Polen 57, Rumänien 41, Serbien 4. Überrascht muß, daß Italien 23 Deutsche ausgeliefert wünscht. Unter den Auszuliefernden befindet sich eine Frau Elsa Scheine, die von der französischen Regierung wegen schlechter Behandlung französischer Frauen in deutschen Konzentrationslagern angeklagt wird. Folgende Namen sind in der Liste enthalten:

von Bethmann Hollweg wegen Verletzung der belgischen Neutralität,
Prinz Eitel Friedrich wegen Diebstahls in französischen Schlössern,
der Kronprinz wegen Kriegsgrausamkeiten,
der Herzog von Württemberg wegen Hinrichtung von Zivilisten in Namur und anderen Städten,
Hindenburg wegen Zerstörung französischen Gebietes,
Ludendorff wegen allgemeiner Verantwortung an Kriegsgrausamkeiten,
Mackensen wird von der rumänischen Regierung gefordert,
Liman von Sanders wegen Grausamkeiten in Armenien.

England fordert die meisten U-Boot-Kommandanten, wobei es von jedem einzelnen genau angibt, welche Schiffe er versenkte und ob er vorher eine Warnung erteilt hat oder nicht.

Die deutsche Regierung zur Auslieferungsfrage.

Berlin, 5. Febr. In einer heute veröffentlichten langen Darstellung wird mitgeteilt, welche Stellung die deutsche Regierung bisher in der Auslieferungsangelegenheit eingenommen und welche Schritte sie bisher getan hat, um dem Lande die drohende Schmach zu ersparen. Nachdem den vor der Unterzeichnung des Schlußprotokolls in dieser Richtung unternommenen Schritten ein positives Ergebnis versagt geblieben war, hat nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Paris die Versuche, eine Einigung zu erzielen, in fortgesetzten mündlichen Besprechungen mit den Vertretern sämtlicher gegnerischer Hauptmächte fortgesetzt. Ferner hat die Reichsregierung Ende Januar die bereits veröffentlichte Note an die Gesamtheit der Gegner gerichtet, in der sie in letzter Stunde noch einmal ihren Standpunkt zusammenfassend darlegt und einen klaren positiven Vorschlag für eine wirksame Bestrafung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen gemacht hat. Die Regierung hat, so heißt es schließlich in der Darstellung, seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages kein Mittel unversucht gelassen, die Undurchführbarkeit der Auslieferung der Deutschen an fremde Gerichte klarzustellen, um eine lediglich den tatsächlichen Verhältnissen als auch den berechtigten Interessen beider Teile gerecht werdenden Regelung der Angelegenheit herbeizuführen.

Das Abschiedsschreiben des Frhr. v. Lersner.

London, 6. Febr. Die englischen Zeitungen veröffentlichen den Text des Schreibens, das Freiherr von Lersner an den Präsidenten der Kriegskommission, Herrn Millerand, gerichtet hat. Das Schreiben lautet folgendermaßen: Paris, 3. Februar 1920. Herr Präsident! Eure Exzellenz haben mir heute abend die Note übermittelt, die die Namen der Deutschen enthält, deren Auslieferung die A. und A. Mächte verlangen. Ich habe den Vertretern der A. und A. Regierungen 10 mal schriftlich und 13 mal mündlich aufs dringendste die Gründe der Unmöglichkeit der Auslieferung dargelegt, wie auch die soziale Stellung und der Name des Beschuldigten sei. Ich rufe Euer Exzellenz die Erklärung, die ich feierlich wiederholt habe, in die Erinnerung zurück: Man wird keinen deutschen Beamten finden, der sich dazu hergeben würde, in irgendeiner Weise zur Ausführung des Auslieferungsbegehrens beizutragen. Es käme einer Beihilfe gleich, wenn ich die Note Euer Exzellenz der deutschen Regierung übermitteln würde, und ich schicke sie Ihnen beigeschlossen zurück. Ich habe meiner Regierung mitgeteilt, daß ich meine Funktionen nicht mehr ausüben kann und Paris mit dem nächsten Zuge verlassen werde. Genehmigen Sie Herr Präsident die Versicherung meiner Hochachtung. gez. von Lersner.

Die Auffassung in Paris über die Lage.

Paris, 5. Febr. Gestern nachmittag beschäftigte man sich in den Wandelgängen der Kammer lebhaft mit der durch die unerwartete Abreise des Freiherrn v. Lersner geschaffenen Lage. Aus einer Erklärung Millerands einigen Parlamentariern gegenüber geht hervor, daß dieser Akt nur als eine aus eigenem Antriebe erfolgte Manifestation des Beamten ausgelegt werden muß, die aber die von den Alliierten verfolgte Aktion nicht zu unterbrechen imstande ist. Das Schreiben, dessen Übermittlung an die Regierung Herr v. Lersner verweigert habe, werde daher mit einer Liste der Schuldigen in Berlin übergeben werden. — Freiherr v. Lersner hat Paris am Mittwoch abend um 10 Uhr verlassen.

Entgegennahme der Note durch Dr. Mayer.

Berlin, 5. Febr. (Z.-U.) Der deutsche Geschäftsträger Dr. Mayer wird, der Neuen Berliner Zeitung zufolge, unverzüglich nach Paris reisen, um die Auslieferungsnote und das Begleitschreiben von den Alliierten entgegen zu nehmen und offiziell nach Berlin zu übersiedeln. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Regierung in ihrer bisherigen Haltung auch weiterhin zu beharren gedenkt. Für Frhr. v. Lersner wird kein Nachfolger ernannt werden. Dr. Mayer wird die weiteren Verhandlungen führen.

Die Londoner Zeitung „Daily Chronicle" berichtet, daß die Abtretung an den von der Entente beschlagnahmten Deutschen im besetzten Gebiet vorgenommen werden soll, was die größte Annäherung an ein neutrales Gerichtsverfahren bedeuten würde.

Eine Brüsseler Meldung besagt, daß der frühere deutsche Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg für die Deportation der Belgier und die aktivistische Politik, die als ein Angriff auf die belgischen Hoheitsrechte betrachtet wird, verantwortlich gemacht wird. Deshalb sei auch die Auslieferung v. Bethmann Hollwegs gefordert worden.

Der dauernde Kriegsberater Foch.

Bern, 6. Febr. (Priv.-Telegr.) Wie aus Paris nach Genf gemeldet wird, wird Marschall Foch auch weiterhin seine internationalen Funktionen beibehalten und der technische Berater der Alliierten bleiben.

Die Rumänen räumen Ungarn.

Bukarest, 6. Febr. (Priv.-Telegr.) Die rumänische Regierung hat den Befehl zum Rückzug der Besatzungstruppen aus Ungarn gegeben.

Rücktritt des Bundesrats Calonder.

Bern, 6. Febr. (Priv.-Telegr.) Bundesrat Calonder hat dem Präsidenten der freisinnig-demokratischen Fraktion der Eidgenossenschaft mitgeteilt, daß er auf seinem Rücktrittsgesuch beharre. Infolgedessen wird eine Ersatzwahl für Calonder noch in dieser Session erfolgen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200206-13/fragment/page=0001

Die Liste der Auszuliefernden.

Berlin, 5. Febr. (Priv.-Tel.) Die von den Morgenblättern veröffentlichte, vielfach verstümmelte Liste enthält u. a. folgende mit einiger Sicherheit festzustellende Namen:

Herzog Albrecht von Württemberg, Sixt von Arnim, Prinz Rupprecht von Bayern, vier Herren von Below, darunter Otto von Below, Graf von Bernstorff, von Beseler, von Bethmann Hollweg, Otto von Bülow, von Capelle, Graf Carmer, von Deimling, Demmler-Dschemat-Pascha, Enver-Pascha, Prinz Ernst von Sachsen, Freiherr von Falkenhausen, von Falkenhayn, von Gallwitz, von Gebsattel, von Gemmingen, Alfred von Glasenapp, Graf Haeseler, von Hausen, von Haniel, Großherzog von Hessen, Generalfeldmarschall von Hindenburg, Prinz August von Hohenzollern, Prinz Eitel Friedrich von Hohenzollern, Kronprinz Friedrich Wilhelm, Prinz Oskar von Hohenzollern, Prinz Friedrich von Preußen, von Jngenohl, von Kluck, Linsingen, Lochow, General Ludendorff, Generalfeldmarschall von Mackensen, Herzog von Mecklenburg, von Moltke, Reinhold Scheer, Talaat-Pascha, von Tirpitz, von Trotha, Tuelff von Tschepe, Graf Waldersee, Zimmermann.

Stellungnahme der Reichsregierung zur Auslieferungsliste.

Die Durchführung der Auslieferung unmöglich!

Berlin, 5. Febr. Die Reichsregierung hat sich in ihrer gestrigen Sitzung mit der durch das Bekanntwerden der Auslieferungsliste geschaffenen Lage beschäftigt. Durch die Weigerung des Herrn v. Lersner, Note und Listen entgegenzunehmen, ist sie allerdings vorerst noch nicht im Besitz der beiden Schriftstücke, jedoch hat die Beratung, die auf der Grundlage der inoffiziell bekanntgewordenen Liste stattfand, volle Einmütigkeit darüber ergeben, daß an dem Standpunkt, wie er aus der am 25. Januar in Paris überreichten inzwischen veröffentlichten Note ersichtlich ist, unter allen Umständen festzuhalten sei. Die Reichsregierung hat schon bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages keinerlei Zweifel darüber gelassen, daß die Durchführung der verlangten Auslieferung unmöglich ist. Diese Ueberzeugung, die sie mit der großen Mehrheit des deutschen Volkes ohne Unterschied der Partei teilt, wird sie bei den weiteren notwendig werdenden Maßnahmen und Verhandlungen leiten.

Vor einer Kabinettskrise.

Wie der „L.-Anz." aus dem Auswärtigen Amt erfährt, hat die Regierung zu der durch den Rücktritt des deutschen Geschäftsträgers in Paris geschaffenen Lage noch nicht offiziell Stellung genommen. Der Minister des Auswärtigen Herr Müller konferierte heute nachmittag mit dem Reichskanzler Bauer und einigen anderen Mitgliedern des Kabinetts. Es ist als sicher anzunehmen, daß die Weigerung der Annahme der Auslieferungsliste durch Freiherrn von Lersner die Regierung in eine äußerst peinliche Lage gebracht hat. Ob ein Rücktritt des gesamten Kabinetts in Frage kommen wird, wissen selbst gut unterrichtete Kreise im Augenblick nicht zu sagen. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist aber mit dem Austritt einzelner Mitglieder aus der Regierung zu rechnen.

*

Paris, 4. Febr. (Havas.) Infolge des Rücktritts des Freiherrn v. Lersner trat die Botschafterkonferenz heute zu einer Sitzung im Ministerium des Aeußern zusammen, um die Lage einer Prüfung zu unterziehen.

Eine Ankündigung Noskes.

Berlin, 5. Febr. (Drahtnachricht.) Der Oberbefehlshaber Noske erläßt folgende Ankündigung:

Würde bewahren!

So groß auch die Erregung in der Bevölkerung wegen des Auslieferungsbegehrens der Ententeregierungen ist, muß doch der Erwartung Ausdruck gegeben werden, daß von jedermann die gebotene Würde auch insofern bewahrt wird, daß jede Belästigung von Mitgliedern der fremdländischen Missionen und militärischen Kommissionen unterbleibt, so daß ich nicht genötigt bin, weitgehende Schutzmaßnahmen zu treffen.

Berlin, 5. Februar 1920.

Der Oberbefehlshaber. gez. Noske.

*

Pressestimmen zur Auslieferung Deutscher an die Entente.

Berlin, 5. Febr. Unter der Überschrift „Die Schande der Ententе" schreibt das „Berl. Tagebl.": Man könne der letzteren nur ernstlich antworten, daß sie nicht uns, sondern ihren eigenen Völkern und ihren eigenen Armeen einen beispiellosen Schimpf, eine kaum tilgbare Schande zugefügt habe. Die Liste erhalte ihren eigentlichen Charakter nicht durch Aufzählung von Männern, auf denen der Verdacht ruhe, über das allgemeine Kriegsverbrechen hinaus frevelhafte Taten begangen zu haben, sie erhalte ihre Bedeutung durch die Nennung fast aller deutscher Heerführer, deren Auslieferung gemeinsam mit der des Herrn von Bethmann man wünsche. Vier Jahre lang habe man gesittert, jetzt suche man Rache und Entschädigung für so viel Angst.

Der „Lok.-Anz." sagt: Die Absicht, nicht Recht zu schaffen, sondern unauslöschliche Schmach über Deutschland zu bringen, geht aus dem Schriftstück der Entente klar hervor, das jeder einzelne fühlt: Hier geht es um den letzten Rest deutscher Ehre.

Im „Vorwärts" heißt es: Das Kabinett hat einstimmig beschlossen, auf dem Standpunkt der Note vom 25. Januar zu beharren. Man kann wohl einen Menschen mit vorgehaltener Pistole zu dem Versprechen zwingen, er werde auf den Mond klettern, aber man wird auch durch verstärkte Drohungen ihn nicht dazu bringen, dieses Versprechen auszuführen.

Freiherr von Lersner hat mit seiner Ablehnung, sich als erster in den Schergendienst der Entente zu stellen, wie die Kreuzztg." schreibt, das einzige getan, was er als deutscher Beamter tun konnte.

Die „D. Allg. Ztg." führt aus, daß die Reichsregierung seit Unterzeichnung des Friedensvertrages kein Mittel unversucht gelassen hat, die Undurchführbarkeit der Auslieferung Deutschen an fremde Gerichte klarzustellen, und eine sowohl den tatsächlichen Verhältnissen als auch den berechtigten Interessen beider Teile gerechtwerdende Regelung der Angelegenheit herbeizuführen.

*

Vor Überreichung der zweiten Note an Holland.

Basel, 5. Febr. Die von Millerand entworfene und von den Botschaftern ohne Debatte genehmigte zweite Note an Holland über die Auslieferung des Kaisers ist nach dem „Petit Journal" in festem Tone gehalten. Sie lehnt alle Einwände Hollands ab und verlangt nochmals auf Grund der über dem geschriebenen Recht stehenden höheren Gerechtigkeit und Moral die Auslieferung. Das „Echo de Paris" teilt mit, daß eine der alliierten Mächte die gestern gemeldete Drohung offiziell der holländischen Regierung mitteilen ließ.

Das Reutersche Büro erfährt mit Bezug auf die Auslieferung des früheren Kaisers, daß die Vermutungen bezüglich des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zu Holland und der Verhängung der Blockade unbegründet seien. Es werde keines von beiden beabsichtigt und noch weniger erörtert.

*

London, 5. Febr. Der „Evening Standard" berichtet, die Bewachung des früheren deutschen Kaisers in Holland koste Holland jährlich 2200 Pfund Sterling.

Die „Dagens Nyheter" in Stockholm melden, daß Holland wegen seiner Weigerung, den Kaiser auszuliefern, von der Teilnahme an den Olympischen Spielen in Antwerpen ausgeschlossen werden soll. In schwedischen Sportkreisen macht sich Stimmung geltend, in diesem Falle sich ebenfalls von den Olympischen Spielen zurückzuziehen.

Deutsche Kriegsgefangene in England zurückbehalten.

Aus Berlin wird berichtet: Wie wir hören, werden noch hier Offiziere und 14 Mann in England zurückgehalten. Es handelt sich dabei um einen U-Bootskommandanten und einige Leute von einem U-Bootgeschwader aus dem Mittelmeer, sowie Offiziere und Mannschaften eines Bombengeschwaders.

Frankreich will neutrale Arbeiter zum Wiederaufbau.

Basel, 5. Febr. Die französische Regierung wird einen Appell an die alliierten und an die im Kriege neutral gebliebenen Staaten richten, um Arbeitskräfte für die Wiederaufbauarbeiten in den zerstörten Kriegsgebieten Nordfrankreichs zu werben. Die Entlohnung der ausländischen Arbeiter falle zu Lasten Deutschlands.

Die Tschechen besetzen das Hultschiner Ländchen.

Hultschin, 5. Febr. Gestern morgen rückten der „Oberschl. Zeitung" zufolge die tschechischen Truppen hier ein. Die übrigen Ortschaften des Hultschiner Ländchens werden heute von den Tschechen besetzt werden.

Die Franzosen besetzen Ratibor.

Ratibor, 5. Febr. Die für Ratibor bestimmte französische Besatzung ist mittags hier eingetroffen.

Die Lage im Reiche.

Die Ernährungsfrage.

Aus Berlin wird berichtet: Am Mittwoch begannen im Reichswirtschaftsministerium die bereits angekündigten Besprechungen wegen der Ernährungslage und wegen der Maßnahmen, die erforderlich sind, um unsere Ernährung für das nächste Wirtschaftsjahr sicherzustellen. Reichsminister Schmidt leitete die Verhandlungen, an denen auch der Unterstaatssekretär Peters vom Reichsernährungsministerium, sowie Vertreter des Reichsrates, des deutschen Landwirtschaftsrats, Mitglieder der Nationalversammlung, der Kommunen usw. teilnahmen. Im Verlauf der Verhandlungen wandte sich der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Freiherr von Wangenheim, gegen die Zwangswirtschaft, für deren Abbau er entschieden eintrat. Im Zusammenhang mit der Ernährungsfrage werden bei den jetzigen Verhandlungen auch alle Wirtschaftsfragen besprochen werden. Es handelt sich zunächst nur um Besprechungen, die den Charakter von Vorberatungen haben.

Von Regierungsseite wurde vorgeschlagen: Die Zwangswirtschaft wird beibehalten und der bisher freigegebene Handel mit Hafer in das Zwangssystem wieder eingereiht. Den Landwirten wird als Ausgleich für die Verteuerung der Betriebsführung die Verordnung von Minderpreisen zugesichert. Diese würden für die Tonne Roggen auf 800 ℳ, für Weizen auf za. 1000 ℳ festgesetzt werden. Kartoffeln sollen künftig dem Landwirt 20 ℳ für den Zentner bringen.

Das Akkordsystem in den Eisenbahnwerkstätten.

Nachdem die Eisenbahnerorganisationen ihre Bereitwilligkeit erklärt haben, der Einführung des Akkordsystems in den Werkstätten zuzustimmen, begannen am Mittwoch nachmittag im Eisenbahnministerium die ersten Verhandlungen über das Akkordsystem. Die Beratungen finden im Rahmen der gemeinsamen Besprechungen des neuen Lohnstatus statt.

Am Mittwoch sind die beiden vor kurzem geschlossenen Eisenbahnwerkstätten I und II in Berlin wieder eröffnet worden. Beide Werkstätten haben starken Schutz durch die Sicherheitspolizei erhalten. In der Eisenbahnwerkstätte II sind von den 4000 Arbeitern, die dort beschäftigt waren, 2800 Mann zur Arbeit angetreten. Die restlichen 1200 Mann wurden nicht wieder eingestellt.

Einigung im Versicherungsgewerbe.

Die Berliner Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und den Angestelltenorganisationen im Versicherungsgewerbe wurden am Dienstag nachmittag, wie dem „Berl. Tagebl." von dem Arbeitgeberverband mitgeteilt wird, beendet. Es erfolgte eine Einigung, nach welcher der Reichstarif mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober 1919 in Kraft tritt. Wegen der infolgedessen zu leistenden Nachzahlungen wurde eine Vereinbarung getroffen über Garantien von Mindestsätzen.

Deutschland.

Von der Nationalversammlung.

Berlin, 5. Febr. (Privatmeldung.) Wenn nicht besondere Ereignisse eine frühere Einberufung der Nationalversammlung nötig machen, so wird das Parlament seine Tagungen am 24. Februar wieder aufnehmen. Bis zum 10. März sollen die noch unerledigten Steuergesetze verabschiedet werden, die ja bereits am 1. April in Kraft treten sollen. Vor allem wird die Nationalversammlung sich dann mit den Wahlgesetzen, dem Gesetz für die Wahl des Präsidenten, dem Gesetz für die Reichstagswahlen beschäftigen. Für der gleichen Sitzungsperiode dürfte auch das Gesetz über die obligatorischen Schiedsgerichte verabschiedet werden, das bekanntlich schon für die Dezembertagung angekündigt war, dessen Ausarbeitung im Reichsarbeitsministerium dann aber auf so große Schwierigkeiten stieß, daß eine frühere Einbringung unmöglich war. Auch der Etat für das 1. April beginnende neue Geschäftsjahr wird dem Hause voraussichtlich Anfang März zugehen. Ende März soll dann eine längere Osterpause eintreten. Ob und wie lange die Nationalversammlung dann noch ihre Tagungen fortsetzen wird, hängt von dem Arbeitspensum ab, das unbedingt erledigt werden muß. Es besteht bei allen Parteien ohne Ausnahme der Wunsch, die Neuwahlen zum Reichstage nicht länger hinausschieben, als unbedingt notwendig. Wahrscheinlich dürfte auch der Nationalversammlung noch ein Gesetzentwurf über den Schutz des Parlaments zugehen. Nach diesem Gesetz werden Demonstrationen in einem bestimmten Umkreis des Parlaments verboten. Ein solches Gesetz besteht in England schon seit langer Zeit und es war nicht zutreffend, wenn am 13. Januar Vertreter der Unabhängigen behaupteten, solche Demonstrationen, wie sie vor den Unabhängigen veranstalteten, seien im demokratischen England ganz und gäbe. Vielmehr sind dort alle Demonstrationen in einem bestimmten Umkreis des Parlaments verboten und auch bei uns scheint man nun aus den blutigen Vorgängen des 13. Januar gelernt zu haben. Ein ähnliches Gesetz für die einzelnen Gliedstaaten einzubringen, ist nicht beabsichtigt, vielmehr dürften sich die Regierungen der einzelnen Länder voraussichtlich nach einer Besprechung dahin einigen, das Reichsgesetz in vollem Umfange auf alle Landesversammlungen und gesetzgebenden Körperschaften auszudehnen.

Die deutschen Unabhängigen und die Entente.

(Von unserm Berliner Mitarbeiter.)

Die Verhandlungen der preußischen Landesversammlung finden meist, selbst in Preußen, nicht die Aufmerksamkeit, auf die sie doch oft genug Anspruch haben. Selbst jetzt, da die Nationalversammlung noch weit genug von dem Preußenparlament in Berlin sagt, ist man allgemein geneigt, achtlos an diesen Verhandlungen vorüber zu gehen, obgleich die letzten Tage recht stürmische Szenen brachten. Es gab nämlich eine große Abrechnung mit den Unabhängigen, die meist, da ihnen die guten Gründe fehlten, ihre Zuflucht zu Radauszenen nahmen. In schärfster Weise ging namentlich Minister Heine vor, der nochmals seine Szene vom Januar in den blutigen 13. Januar verteidigte. Brachte dieser Teil der Verhandlungen auch wenig neues, das verbrecherische Verhalten der unabhängigen Führer ist ja bekannt, so waren die weiteren Einzelheiten, mit denen der Minister und einige Redner der Mehrheitsparteien den Unabhängigen dienten, umso interessanter. Schonungslos deckte der Minister die Fäden auf, die die Unabhängigen mit der Entente verbinden. Bekannt hatten nämlich die Unabhängigen Klage darüber geführt, daß im besetzten Gebiet eine größere Pressefreiheit herrsche als im unbesetzten. In Solingen könne die „bergische Arbeiterstimme" ungehindert erscheinen, die im unbesetzten Gebiet von Köln und Heine unterdrückt würde. Die Entente duldet nämlich, wie der Minister ausführen konnte, nicht nur unabhängige Blätter, sondern unterstützt sie sogar mit reichlichen Mitteln. Ganz unzweifelhaft wurde das nachgewiesen für die unabhängige Zeitung „Rheinische Republik", deren Herausgeber Baumann soviel Charakter besaß, daß er zunächst an die preußische Regierung herantrat, um sich gegen recht nette Bedingungen zu verkaufen. Als er hier abgewiesen war, stellte er sich in den Dienst der Entente und sicherte sich für sein unabhängig-kommunistisch geleitetes Blatt recht beträchtliche Summen aus dem französischen Propagandafonds. Aber noch andere Techtelmechtel mit der Entente konnte der Minister den Unabhängigen nachweisen, so die Verhandlungen der Kölner Unabhängigen mit der englischen Besatzungsbehörde, Reisen der unabhängigen Journalisten in die Ententeländer usw. So stellt denn auch ein in Frankreich verbotenes Buch eines Franzosen Jacquot den Unabhängigen das beste Zeugnis aus. Darin wird nämlich geschildert, wie die Franzosen in der Pfalz versucht haben, für Frankreich Stimmung zu machen. Die hauptsächlichsten Förderer der französischen Sache waren danach die Unabhängigen. Die Verteidigung der Unabhängigen gegen diese unerhörten Angriffe bestand in der Veranstaltung eines ungeheuren Lärms, sachlich vermochten sie keinen der Angriffe zu entkräften. Sie sind eben so international geworden, daß sie sich nicht scheuen, die Hilfe der Entente in Anspruch zu nehmen und deren Haß und deren Furcht Deutschland gegenüber zur völligen Auflösung unseres Staates auszunutzen, denn nur über ein zertrümmertes Deutschland geht der Weg nach Moskau. Ob die Entente wirklich ein Interesse daran hat, solche Bestrebungen zu unterstützen? Würde nicht Haß den Blick ihrer Staatsmänner trüben, sie würde erkennen, wohin der Weg geht.

Provinz und Umgegend.

h. **Halle**, 4. Febr. Der Verkehrsausschuß der Stadtverordneten kam zu dem Entschluß, für die Beibehaltung der Vieh- und Jahrmärkte einzutreten. Es sollen aber in Zukunft nicht mehr vier, sondern nur noch zwei Jahrmärkte abgehalten werden, und zwar mit einer längeren Dauer — statt bisher drei Tage — acht Tage. Ferner sollen die Jahrmärkte in Zukunft einen anderen Charakter tragen. Man will diese mit einer Ausstellung Hallescher Spezialerzeugnisse verbinden, z. B. Bäckereimaschinen, landwirtschaftliche Maschinen usw. Weiter sollen Wettspiele veranstaltet werden. Als Platz für die Abhaltung der Jahrmärkte ist der Exerzierplatz in der Delitzscher Straße ausersehen. — Die Errichtung eines Postscheckamtes in Halle beschäftigte ebenfalls den Ausschuß. Obwohl die Schwierigkeiten ebenso wie in Erfurt usw. vorhanden sind, soll der Magistrat beauftragt werden, mit der Reichsregierung in Verhandlungen zu treten, unter welchen Bedingungen sie bereit wäre, das Postscheckamt nach Halle zu legen. — Der Magistrat hat eine Vorlage über eine beträchtliche Erhöhung der Lustbarkeitssteuer eingebracht, und zwar soweit die Lustbarkeitsteuer in Frage kommt, mit 20—60 v. H. des Eintrittsgeldes.

h. **Halle**, 5. Febr. In der gestrigen Nacht trafen auf unserm Bahnhof 233 Kriegsgefangene aus Scapa Flow ein. Sie wurden hier herzlich begrüßt und bewirtet. Der Zug war mit schwarz-weiß-roten Fähnchen geschmückt, sogar eine Kriegsflagge, die von einem der Schiffe gerettet war, wehte aus dem Fenster. Wieder erschallte begeistert das Lied „Deutschland, Deutschland über alles" aus den Kehlen der Heimgekehrten. — Drei Revolverschüsse gab in einem Café ein hier wohnungsloser angeblicher Ingenieur auf eine dort anwesende Wirtschafterin nach vorangegangenem Wortwechsel ab, ohne jedoch zu treffen. Der Täter wurde festgenommen. In seinem Besitz wurde eine größere Summe Geld, sich Diebstriche und ein Stemmeisen vorgefunden.

+ **Hohenmölsen**, 5. Febr. Die am vorigen Sonntag anberaumte öffentliche Versammlung des Deutsch-demokratischen Vereins war sehr gut besucht. Der Saal war zu klein, um die Zuhörer zu fassen und es mußten gegen 150 Personen wegen Platzmangel wieder nach Hause gehen. Der Vorsitzende der Ortsgruppe, Kantor Mende, Hohenmölsen, begrüßte die Anwesenden und erteilte dem Redner, Abg. Delius das Wort zu seinem Vortrage: „Staatsbankerott oder Wiederaufbau". In der Debatte sprach der Redakteur des „Leipz Volksboten" Berabola, Abg. Delius wies alle Angriffe sehr geschickt zurück. Diese Versammlung hat manchen lauen Demokraten auferstehen und ihm zum Bewußtsein gebracht, daß es nur die Demokratie ist, die uns aus dem Chaos herausbringen kann.

+ **Salzwedel**, 5. Febr. Der Vorsitzende der Handwerkskammer Magdeburg, Thierkopf, sprach hier in einer gut besuchten Handwerkerversammlung gegen die Kommunalisierung im Handwerk. Er führte den Versuch der Kommunalisierung des Fleischergewerbes in Magdeburg als Beispiel an für die Gefahr, die dem Handwerk drohe und verwahrte sich in entschiedenster Weise gegen derartige Versuche. Das Handwerk werde zur Erhaltung seiner Selbständigkeit die äußersten Mittel anwenden.

+ **Magdeburg**, 5. Febr. Die Wiederaufnahme des Betriebes in der Eisenbahnwerkstatt Salbke ist gestern glatt und ohne jeden Zwischenfall erfolgt. Ja es ist, wie dem „Gen.-Anz." von beteiligter Seite geschrieben wird, etwas wie ein freudiges Aufatmen durch die Wiedereingestellten gegangen. Darüber, daß in Zukunft keiner neben ihnen stehen soll, der selbst nichts zu schaffen gewohnt ist, sich dafür aber zu höherer Ehre hirnverbrannter anarchistisch-kommunistischer Ideen berufen fühlt, andere Leute, die gern fleißig sein möchten, nach Möglichkeit von der Arbeit abzuhalten. Der Gehaltsmann des bisherigen Arbeiterrates meint, es sei gestern mehr vorangebracht worden, als in den letzten bösen Wochen und Monaten in drei Tagen von der bedeutend stärkeren Belegschaft.

+ **Kassel**, 5. Febr. Das Gaswerk von Wolfenhagen hat verschiedenen Ortschaften, darunter einem Schneidermeister, wegen Arbeitsweigerung die Gasretorten stillgelegt. Daraufhin riefen die Meister seine Gesellen und seinen Lehrling zusammen, packte die Nähmaschine auf einen Wagen und befestigte an der Maschine ein Schild, dessen Aufschrift lautete: „Sprechstunden von jetzt ab im Rathaus!" Der Zug ging zum Rathaus, der Meister belegte dort ein bleichstes Zimmer und begann zu arbeiten.

+ **Leipzig**, 5. Febr. Die im Gewerkschaftsbund der Angestellten und im Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände organisierten Betriebsvertreterräte der Angestelltenschaft des Leipziger Großhandels haben die von den Arbeitgebern festgesetzten Gehaltszuschläge als unzureichend abgelehnt und den Streik angedroht, wenn ihren Forderungen nicht stattgegeben wird.

*

Die Opfer des Dessauer Flugzeugunglücks.

Dessau, 5. Febr. Die bei dem Flugzeugunglück getöteten Personen sind: Flugzeugführer Hasselmann, Leutnant Schäfer, Ingenieur Klein aus Dessau und der Privatdozent der Universität Halle Dr Wiedeke. Die Ursache des Unglücks steht noch nicht fest.

Merseburg und Umgegend.

5. Februar.

(Weitere Lokalnachrichten siehe Beilage.)

** Die Grippe, die im Jahre 1918 auch in Merseburg unheilvoll gehaust hat, gewinnt hier wiederum größere Ausbreitung. Im Gegensatz zu der damaligen Epidemie, an der zum größten Teil Mädchen und junge Frauen erkrankten, werden diesmal besonders junge und kräftige Männer ergriffen. Die mangelhafte Kriegsernährung spielt also hier keine besondere Rolle. Es erscheint angebracht, die früher gegebenen Vorsichtsmaßregeln ins Gedächtnis zurückzurufen: Möglichstes Vermeiden von Erkältungen, regelmäßige Mundspülungen und Gurgelungen mit Desinfektionslösungen (Wasserstoffsuperoxyd, essigsaure Tonerde), häufige Händewaschungen, Straßenhygiene. Das Ausspeien auf Wegen, Plätzen usw. ist zu unterlassen; nötigenfalls sind die Gossen und Schlammfänge zu benutzen; bei Hustenanfällen in Menschenansammlungen, auch besonders in der Straßenbahn, sollte man stets die Hand vor den Mund halten. Bei Ausbruch der Krankheit ist sofortige Bettruhe und Heranholen ärztlicher Hilfe erforderlich. Sorgfältige Desinfektion der Taschentücher und der von Erkrankten gebrauchten Gerätschaften ist dringend anzuraten.

** **Bestandene Prüfung.** Frl. Ilse Pohle, Tochter des Reg.-Sekr. Oskar Pohle hier, bestand an der städtischen Studienanstalt in Halle das Abiturientenexamen.

** **Noch kein Plan der Vorschulen?** Vor einigen Tagen ging eine Notiz durch die Presse, nach welcher der Kultusminister eine Verfügung erlassen habe, wonach die Vorklassen der staatlichen höheren Lehranstalten mit Beginn des neuen Schuljahres neue Schüler nicht mehr annehmen dürften, womit das Schicksal der Vorschulen besiegelt wäre. Dem ist, wie verlautet, nicht so. Aus verschiedenen Gründen, vor allem aber mit Rücksicht darauf, daß es schwer möglich sein dürfte, die durch die Einziehung der Vorschulen frei werdenden Lehrkräfte unterzubringen, werden auch weiter Schüler für die dritte Vorschulklasse unter der Voraussetzung angenommen, daß die Vorklassen bestehen bleiben.

** **Anlauf von Rindern und Ziegen zur Ablieferung nach dem Friedensvertrage durch den Handel.** Nach dem Friedensvertrage hat die Provinz Sachsen außer Pferden Schafen und Hühnern eine größere Zahl Kühe und Ferkel, sowie Ziegen an Frankreich und Belgien abzuliefern. Die gesamte Aufbringung ist dem Viehhandelsverband übertragen worden. Um der Landwirtschaft die Abgabe zu erleichtern und es dem freien Ermessen des Einzelnen möglichst zu überlassen, die abzugebenden Tiere durch Kauf aus seinem Bestande selbst auszusuchen, ist eine größere Anzahl Händler beauftragt, den Aufkauf der Rinder und Ziegen für den Viehhandelsverband vorzunehmen. Die vom Viehhandelsverband beauftragten Händler sind mit einem Ausweis versehen und haben bei Abschluß des Ankaufes einen Schlußschein auszustellen. Sollte dem Handel nicht genügend Vieh angeboten werden, so daß die geforderte Zahl der Rinder und Ziegen auf diesem Wege nicht aufzubringen ist, müssen die restlichen Tiere auf die Bezirke und Viehbestände, welche nicht genügend freiwillige Verkäufe getätigt haben, unterverteilt und im Wege der Zwangsenteignung beschafft werden. Freiwillig abgelieferte Tiere werden auf eine Zwangsumlage angerechnet.

** **Der Anspann der Fahrkartenpreise** kommt vom 1. April ab auf den Bahnhöfen in Westfalen. Auskünfte über Fahrkartenpreise müssen die Schalterbeamten geben. — Soll durch diese Maßnahme wirklich eine Verbesserung und Beschleunigung in der Fahrkartenausgabe herbeigeführt werden?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200206-13/fragment/page=0002

** **Baumwärterlehrgang an der Gartenbauschule Freyburg a. U.** Um den dringenden Bedarf an Baumwärtern baldigst decken zu helfen, will die Landwirtschaftskammer zu Halle neben dem Lehrgange im Provinzial-Obstgarten Diemitz an ihrer Gautenbauschule in Freyburg a. U. einen gleichen Lehrgang zur Ausbildung von Gemeinden und Vereinsbaumwärtern einrichten. Die Bedingungen und Vergünstigungen sind die gleichen, wie sie für die Lehrgänge im Provinzial-Obstgarten Diemitz gelten. Der diesjährige Lehrgang findet statt vom 18. Februar bis 31. März, vom 2. bis 16. Juni und vom 22. September bis 20. Oktober. Anmeldungen und Anträge auf Unterstützung sind baldigst bei der Landwirtschaftskammer in Halle, Kaiserstraße 7, einzureichen. Der 4-wöchige Lehrgang im Obst- und Gemüsebau für Damen und Herren findet vom 8 bis 31. März d. J. statt.

** **Verletzung des Briefgeheimnisses während des Ausnahmezustandes** erlaubt. Während sonst das Briefgeheimnis nur im Straf- und Konkursverfahren verletzt werden darf, ist während des Ausnahmezustandes eine allgemeine Verletzung des Briefgeheimnisses erlaubt. Die Ausführung der Maßnahme und Verantwortung für sie liegt in den Händen des Reichswehrministers.

** **Anträgen auf Löschung der Schuldbuchforderungen und Auszahlung der Schuldverschreibungen zur Bezahlung der Sparprämienansetze kann nur dann noch stattgegeben werden, wenn sie in der allernächsten Zeit bei der Reichsschuldenverwaltung eingehen.**

** **Die teuere Marmelade.** Zu der starken Erhöhung des Marmeladenpreises teilt der Verband deutscher Marmeladenfabrikanten, Sitz Coburg, folgendes mit: Die Reichsstelle für Obstkonserven und Marmeladen hat durch das WTB. veröffentlichen lassen, daß die Herstellung von Marmeladen auch in diesem Jahre der Bewirtschaftung unterliegt und daß der Herstellerpreis für 1 Pfund Marmelade 2,45 ℳ beträgt. Der unterzeichnete Verband teilt dazu mit, daß jeder Fabrikant von dem Herstellerpreise, 1 ℳ pro Pfund, an die obige Reichsgesellschaft zum Ausgleich für Auslandszucker abzuführen hat. Der Fabrikant erhält somit nicht 2,45 ℳ, sondern nur 1,45 ℳ für 1 Pfund Marmelade.

** **Die Zigarettensteuche.** Niemals sind, seit das Rauchen überhaupt aufgekommen ist, in Deutschland so viele Zigaretten verbraucht worden, wie heute. Wo man auch hingehen mag, überall hat der Mann der Jüngling, ja schon der Knabe die Zigarette im Mund; aber nicht bloß das männliche Geschlecht raucht, auch die Frauen greifen immer mehr zur Zigarettendose. In der heute so beliebten „Volksbildungsstätte", im Kino, sündet sich der Held alle Augenblicke eine Zigarette an und bläst den Rauch mit sichtlicher Wonne durch die Nase. Es schaut fast so aus, als ob die Menschen ohne Zigaretten nicht mehr zu leben vermöchten. Und doch tragen die Zigaretten viel zu unserem Ruin bei! Nicht bis zehn Milliarden sind, wie der „Neuß. Anzeiger" schreibt, seit Beginn der Friedensverhandlungen dafür bereits ins Ausland gegangen! Daß diese Summe unserm ganzen Kredit drückt, ist klar. Denn jede Zigarette verlangt uns die so bitter notwendigen Lebensmittel und die so sehnsüchtig begehrten Rohstoffe, schädigt unsere Valuta, vergrößert täglich unsere Schulden — jedermann weiß das und niemand tut was dagegen! Täglich wird von der Regierung, von der gesamten Presse zur Sparsamkeit gemahnt, in jedem wohnt das Gefühl, so kann es nicht weitergehen, immer mehr steigen die Löhne, immer teurer wird die Lebenshaltung, aber niemand denkt daran, den Zigarettenkonsum einzuschränken.

** **Unlautere Vereine** sind, wie uns der Vorstand des Verbandes Merseburger Vereine schreibt, solche, die sich lediglich zur Erhaltung von Gewinnmöglichkeiten bilden, Veranstaltungen unternehmen und sich bald wieder auflösen. Zum Teil sind es fingierte Einzelpersonen, die derartige Tänzchen abhalten, zum Teil aber auch „Vereine" mit sehr beschränkter Mitgliederzahl, die mehrere Satzungen und mehrere Vereinsnamen zur Verfügung haben, deren sie sich abwechselnd bedienen. Der Verband Merseburger Vereine bekämpft im allgemeinen Interesse und im besonderen Interesse der Vereine die Veranstaltungen solcher „Vereine" und die „Vereine" selbst. Die Unterstützung des Magistrats ist ihm dabei weitgehend zugesagt. Es wäre wünschenswert, wenn sich auch die Öffentlichkeit an der Bekämpfung solcher „unlauteren Vereine" beteiligt und dem Verband irgendwelche Anhaltspunkte mitteilte. Rm.

** **Tivoli-Theater.** Freitag findet eine einmalige Aufführung der so beliebten Operette „Die Rose von Stambul" statt. Sonntag geht die wunderbare, mit so ungeheurer Begeisterung aufgenommene Volksoper „Das Dorfohne Glocke" zum letzten Male in Szene. Es ist sehr zu empfehlen, sich rechtzeitig mit Eintrittskarten zu versehen. Von dem beliebten Wiener Komponisten der erfolgreichen Operette „Liebe im Schnee", Melchy Neruth, gelangt als nächste Novität die entzückende volkstümliche Operette „Die langende Maske" am kommenden Dienstag zur Erstaufführung.

*

Religiöser Lichtbilderabend in der Altenburger Kirche.

In unseren evangelischen Gemeinden lebt der Wunsch, die Gottesdienste abwechslungsreicher zu gestalten, in ihnen nicht nur die Predigt in den Vordergrund gestellt zu wissen, sondern auch die Kunst mehr als bisher dem Gottesdienst nutzbar zu machen. Aus diesem Grunde sind schon seit Jahren in unserm Dom musikalische Andachten veranstaltet worden, hat in der Altenburger Kirche im vergangenen Sommer eine musikalische Morgenandacht stattgefunden. In Halle wurde am vierten Advent nach dem Vorbild früherer Zeiten das Christabendspiel in der Neuaufnahme veranstaltet, auch sonst auch die dramatische Kunst in den Dienst der Kirche gestellt. Die Altenburger Gemeinde hat nun in der Absicht, kommenden Sonntag, abends 8 Uhr, einen religiösen Lichtbilderabend zu veranstalten, bei dem in erster Linie die Malerei zu Worte kommen soll. Es tut not, daß unser Volk mehr und mehr einsieht, was es an unsern großen Malern hat. Leider ist über die religiöse Malerei vielfach eine ganz falsche Vorstellung verbreitet, weil es nur zuviel religiöse Bilder gibt, denen Stil und Kraft fehlt. Sie haben deshalb mehr Schaden als Nutzen gestiftet haben, vielmehr die Meinung haben verbreiten helfen, als ob Religion etwas Schwächliches, Weichliches sei. Wer sich aber mit den Werken unserer großen religiösen Maler vertraut macht, wird bald bemerken, daß das Gegenteil der Fall ist. Wie müssen Grünewald und Dürer das Leiden Jesu erschütternd zu schildern! Gewaltig sind Rembrandts Gemälde: Jesus vor Pilatus, Kreuzigung und Abnahme vom Kreuz. Die bittere Klage: „Warum hast du mich verlassen", hat wohl kein Meister so ausgesprochen, wie Holbein mit seinem Bilde „Jesus im Grabe". Überaus innig sind zahlreiche Weihnachtsbilder von deutschen Malern; es seien nur genannt: Dürer, Altdorfer, Richter und Ubbe. Stärke und Kraft verkündigen Rembrandts Bilder aus dem Leben und der Lehre des Heilands. „Jesus heilt", „Der barmherzige Samariter", „Der verlorene Sohn". Wunderbar weiß Meister Ubbe den Heiland als Kinderfreund darzustellen. In der Tat, der Reichtum der deutschen religiösen Malerei ist so groß, daß wir bei fremden Malern, etwa den Italienern, keine Anleihe zu machen brauchen; deshalb sollen an diesem Abend nur deutsche Maler vorgeführt werden. Natürlich wird auch das begleitende Wort nicht fehlen, und zwar wird ein Mitglied der Gemeinde, Mittelschullehrer Thiellen, sprechen. Außerdem soll der Abend durch Musik, Chor- und Sologesang verschönt werden. — Es ist erfreulich, daß der Gemeindekirchenrat von St. Viti in weitschauender Weise seine Zustimmung zur Veranstaltung des Lichtbilderabends gegeben hat. Hoffentlich findet der Versuch, der in Merseburg zum ersten Male gewagt wird, in der Gemeinde günstige Aufnahme und freudige Zustimmung. Der Eintritt ist natürlich frei; doch werden am Ausgang freiwillige Gaben zur Deckung der bedeutenden Unkosten entgegengenommen.

Gutbier.

*

Ein Notschrei der russischen Kriegsgefangenen zur Befreiung aus dem Sklavenjoch

wird uns von dem Russischen Komitee des Gefangenenlagers Merseburg mit der Bitte um Unterstützung übermittelt. Der Aufruf lautet in der Hauptsache:

Nach dem endgültigen Friedensschluß von Versailles, kam für viele Millionen gefangener Zeitgenossen das Menschenunglück zum Opfer gefallen, der sehr friedenliebenden Zeit der Befreiung vom Sklavenjoch. Nach fünfjährigem Verweilen, überfüllt von Leiden und Entbehrungen in der Fremde, ist endlich auch den deutschen Kriegsgefangenen die Möglichkeit gegeben, in ihre Heimat zu ihren Familien zurückzukehren. Diese große Freude jemals zu erleben, scheint uns russischen Kriegsgefangenen, die wir nach wie vor im Gefangenenlager hinter Stacheldraht eingelebert sind, nicht vergönnt zu sein. Anzeit sind es politische Erwägungen der Kapitalisten der ganzen Welt, die ca. 20 000 russische Staatsbürger bis zur Stunde unter dem Fluch und Schmach des Sklaventums, halten. Erdrückt durch die schwere Lebenslage und die qualvolle Sehnsucht nach der Heimat, wandern Hunderte von uns ins Grab.

Wir wenden uns mit der flehentlichen Bitte an alle Humandenkenden, in denen die Gefühle für das Gerechte und Gute nicht erstorben ist, uns zu helfen, uns unverschuldet Verkommende von dem Joch zu befreien und uns die Rückkehr in unsere liebe Heimat zu ermöglichen, zu unseren lieben Angehörigen, in unser Elternhaus, zu unseren Familien, die mit liebenden Herzen unsere endliche Rückkehr erwarten.

Wir verlangen heute unsere Heimsendung, verlangen sie sofort, und wir werden jedem dankbar sein, der unseren Notschrei hörbar macht.

*

Zu den Tarifverhandlungen in der Braunkohleninduſtrie.

Von den am Tarifabschluß beteiligten Angestelltenorganisationen wird uns zu der in unserer Zeitung von Arbeitgeberseite erschienenen Darstellung geschrieben:

Die Arbeitgeber bringen in der Öffentlichkeit zum Ausdruck, daß die Angestelltenorganisationen die Verhandlungen erheblich verzögert und durch übertriebene Forderungen zum Abbruch gebracht haben. Demgegenüber ist unsererseits festzustellen, daß weder der nach kurzer Debatte erledigte Einspruch gegen Beteiligung des Reichsverbandes Deutscher Bergbauangestellter, noch die von der Tarifkommission der Angestellten erhobenen, von den Organisationen wohl begründete Forderungen das Scheitern herbeigeführt haben. Seit 15. November 1919 warteten die Angestellten vergeblich auf den Beginn der Verhandlungen Erst nach wiederholtem Drängen und nachdem der Tarifvertrag bereits am 31. Dezember 1919 außer Kraft trat, sahen sich die Arbeitgeber veranlaßt, am 6. Januar 1920 in Verhandlungen mit uns einzutreten. Die von den Arbeitgebern beanstandeten Mantelbestimmungen des Mitte November eingereichten Tarifentwurfes sind als selbstverständliche Bestimmungen ohne jeden Einwand von Arbeitgeberverbänden anderer Bergbauzweige als im Interesse beider Teile liegend anerkannt worden. Der von den Arbeitgebern herangezogene Vergleich mit den tariflichen Gehaltssätzen der mitteldeutschen Industrie ist grundsätzlich zu verneinen, da ein Vergleich nur mit den anderen Bergbauzweigen in Frage kommen kann und, ganz nebenbei bemerkt, die angezogenen Tarifverträge der übrigen mitteldeutschen Industrie wegen vollständiger Unzulänglichkeit der Gehaltssätze gekündigt worden sind. Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu erfahren, daß die Arbeitgeber selbst erklärten, der Braunkohlenbergbau sei sehr wohl in der Lage, den Angestellten die geforderten Gehaltssätze zu bewilligen.

Die Angestelltenorganisationen haben das Reichsarbeitsministerium zur Schlichtung der Angelegenheit angerufen. Es ist zu erwarten, daß das Reichsarbeitsministerium in objektiver Würdigung einen Ausgleich herbeiführen wird.

Vereins- und Versammlungskalender.

Donnerstagabend: G. V. M. Monatsversammlung im Ratskeller. — Verein ehem. 36er Versammlung in der „Alten Post". — Evangelischer Jungfrauenverein in Blancketz. 1 während der ganzen laufenden Woche abends.

*

Für unsere Hausfrauen.

(Lebensmittelkalender für Freitag den 6. Februar.)

Ausgabe von Magerr- und Buttermilch in den Verkaufsstellen Mälther und Nägel.

Frischfleisch: 125 Gramm auf jede städische Fleischmarke in den Verkaufsstellen, Freitag und Sonnabend.

Grützwurst im markenfreien Verkauf in den bekannten Verkaufsstellen.

Kabfleisch: Ordnungsnummern 2407—2600 bei Hoffmann (Breiteweg), Ordnungsnummern 2601—2800 bei Möbius (Tieferkeller 1), von 2—4 Uhr.

Freibank: Ordnungsnummern 8376—8475, vormittags 8—9 Uhr.

§ **Lützen,** 5. Febr. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Klempnermeisters und Installateurs Karl Lange in Lützen ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf den 9. März 1920, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Lützen anberaumt. — Das Elektrizitätswerk gibt bekannt: Unter der Voraussetzung genügender Kohlenzufuhr wird vom 1. Febr. ab Kraftstrom abgegeben werden von 7½ Uhr vormittags bis 9 Uhr nachmittags, und zwar möglichst an jedem Tage, sonst regelmäßig Montags, Mittwochs und Freitags. In der Zeit von 5 Uhr nachmittags bis 7½ Uhr früh ist die Entnahme von Kraftstrom verboten.

§ **Dürrenberg,** 6. Febr. Verhaftet. Unter dieser Stichmarke brachten wir die Notiz, daß die im November v. J. in Baldiß, Keuschberg und Crepau festgestellten Täter in Untersuchungshaft abgeführt seien. Die Nachricht trifft nur insofern zu, als die Täter von Baldiß und Keuschberg verhaftet sind, von Crepau jedoch nicht.

m **Ermlitz,** 5. Febr. Einige Frauen beobachteten einen Mann, der mitten im Felde aus einem Versteck einen Reisekorb hervorbrachte und nach Scheubig zuging. Er wurde verfolgt und in Scheubig festgenommen. Die Sachen stammten aus dem Diebstahl beim Geschirrführer Lütting in Ermlitz. Auch das gestohlene Geld, etwa 1000 ℳ, hatte der Mann bei sich. Nur die Wurstwaren fehlen noch. Der Dieb gab an, aus Leipzig zu sein.

□ **Schkeuditz,** 5. Febr. Am Mittwoch früh erlag einem erneuten Schlaganfall der Architekt Bernhard Geschke im Alter von 58 Jahren. Der Verstorbene erfreute sich als Mitbürger allgemeiner Achtung und Beliebtheit, das Vertrauen der Bürgerschaft bewies ihm auch in die Stadtverordneten-Versammlung. — Seit mehreren Tagen durchfahren unsere Station zahlreiche Züge der Ententemächte. Die feldmarschmäßige Ausrüstung der Zugkolonnen, die als Besatzungstruppen Verwendung finden, erinnert lebhaft an die Kriegszeit, als unsere Truppen ins Feld zogen. Einst kampfesmutige, frohe Truppen, heute — strengste Verschwiegenheit.

§ **Schkeuditz,** 4. Febr. Ladeninhaber werden vor Gelegenheitsdieben gewarnt. Erst dieser Tage trat ein bessergekleideter Herr in ein Geschäft, um zu kaufen. Noch ehe die Verkäuferin erschien, hatte der Kunde mit einem kundigen Griff eine der zur Ansicht ausliegenden Tafeln Schokolade ergriffen und in seiner Tasche verschwinden lassen. Die Inhaberin hatte den Vorgang zwar noch bemerkt, konnte aber nichts unternehmen, da sie allein war. Kurze Zeit darauf aber nahm ein Nachbarer die Verfolgung des Diebes auf. Er wollte eben mit der Straßenbahn fahren, als der Dieb verlassen, wurde aber polizeilich festgehalten. In seinem Besitz befand sich eine Tafel und mehrere Streifen Schokolade, Brötchen und viel Kleingeld, ein Zeichen, daß ihm recht mühigen Erwerb sich der Mann nicht auszuweisen konnte und daher in Haft kam. — Der Männergesangverein „Liedertafel" veranstaltet kommenden Sonntag im Saale zur Sonne nach längerer Kriegspause ein Konzert. Zur Mitwirkung wurde Fräulein Anni Peiker, Konzertsängerin aus Leipzig, gewonnen. Die Künstlerin versteht über einen trefflich geschulten Sopran und wird Lieder von Franz Wolf, Pfitzner, Humperdinck und Gustav Mahler zu Gehör bringen. Die Begleitung liegt in den Händen der bekannten Pianistin Fräulein Grell Gregor, Leipzig.

Mücheln und Umgegend.

5. Februar.

⁂ **Mücheln,** 5. Febr. Durch den Kreisausschuß wurden vorbehaltlich der Zustimmung der Provinzialfleischstelle vom 1. Februar 1920 folgende Preise festgesetzt: 1 Pfund Lendenbratfleisch, Leber, Frischwurst oder Schinken 3,50 ℳ, für 1 Pfund Muskelfleisch, ausgenommen Lendenbratfleisch ohne Knochen, 3 ℳ, für 1 Pfund Knochen 50 ₰.

⁂ **Querfurt,** 5. Febr. Der Fürsorgezögling Kurt St., der von der Erziehungsanstalt Kronberg nach hier heurlaubt war, ist noch immer flüchtig. Der Aufenthalt konnte bisher nicht ermittelt werden. — Festgenommen wurden heute früh auf dem hiesigen Bahnhof drei Russen, die aus einer Miete in Gatterstädt Kartoffeln gestohlen hatten. Sie wurden dem hiesigen Amtsgericht zugeführt. — Auf dem hiesigen Bahnhof wurde ein Kübel Butter (etwa 80 Pfd.) gestohlen. Als Dieb ist der arbeitslose Fk. ermittelt worden. Die bisher festgestellt wurde, fallen dem Spitzbuben noch weitere Diebstähle zur Last. — Dem Schlossermeister Ramstter wurden aus seinem verschlossenen Büro drei Hundertmarkscheine, ein Zwanzigmarkstück in Gold, ein Zehnmarkstück in Gold, ein Herrenring mit grünem Stein und Silbergeld gestohlen. — Die Gastwirtschaft „Deutsches Haus", Inhaber Hartwig, ist für den Preis von 40 000 ℳ in den Besitz der Ehefrau Stein aus Rohla übergegangen.

⁂ **Querfurt** 5. Febr. Regierungspräsident v. Gersdorff war am Sonnabend in Querfurt anwesend und stattete dem Landratsamt einen Besuch ab. Er überzog bei dieser Gelegenheit persönlich die Auszeichnung des Hilfsdienstkreuzes an Kreissteuerrat Friedrichs, Rendanten Stößel und Kreisfeuersozietätssekretär Schöber. Kreisausschußvorsteher Hassert, der nicht persönlich anwesend war, empfing die gleiche Auszeichnung.

Wetterwarte.

W. W. am 6. 2.: Ziemlich heiter, trocken, Nachtfrost, Tag milder, Morgennebel. — 7. 2.: Wolkig, teilweise heiter, mild, in den nördlichsten Teilen Deutschlands geringe Regenfälle, im übrigen Gebiet trocken.

Gerichtsverhandlungen.

⊥ **Sittlichkeitsverbrechen.** Die Strafkammer in Halle verurteilte den Hilfsgefangenenaufseher Otto Spieß zu 7 Jahren Gefängnis, weil er sich an weiblichen Strafgefangenen im Gefängnis zu Merseburg in unsittlicher Weise verging.

Handel und Verkehr.

= **Halle,** 8. Febr. Der Hallesche Bankverein von Kulisch, Kaempf u. Co. erhöht sein Gesellschaftskapital von bisher 18 Millionen um 6 Millionen ℳ durch Ausgabe von 5000 Stück neuer auf den Inhaber lautende Aktien über je 1200 ℳ. Nennwert. Die neuen Aktien nehmen vom 1. Januar 1921 an der Dividende teil. Auf 3000 ℳ alte Aktien können nom. 1200 ℳ neue Aktien bezogen werden. Diese sind zum Kurse von 117 Proz. von einem Konsortium zu beziehen, das den Verkauf übernommen hat. Das Bezugsrecht der alten Aktionäre ist bis zum 14. Februar d. J. einschl. an den Kassen der Gesellschaft in Halle, Weißenfels und Wern auszuüben. Bei der Anmeldung sind diejenigen alten Aktien, für welche das Bezugsrecht ausgeübt werden soll, ohne Gewinnanteils- und Erneuerungsschein unter Beifügung eines arithmetisch geordneten Nummernverzeichnisses den Anmeldestellen einzureichen. Für jede neue Aktie sind 1404 ℳ und der Schlußscheinstempel bar zu bezahlen.

Literatur, Kunst und Wissenschaft.

* **Eine große Ehrung des Verfassers unseres Romans „Die Abendburg".** Es dürfte die größte Aufmerksamkeit unserer Leser und Leserinnen hervorrufen, daß der Verfasser des Romans „Die Abendburg", den wir für unsere Unterhaltungsbeilage zum Abdruck erworben haben, der bekannte Schriftsteller Bruno Wille aus Anlaß seines 60jährigen Geburtstages am 6. Februar d. J. am Sonntag der Gegenstand einer großen öffentlichen Ehrung war. Aus Berlin wird uns folgendes berichtet: Die eindrucksvolle Festfeier wurde in der Volksbühne in Berlin abgehalten. Geheimrat Marterstieg hielt, nach Wagners jubelndem „Meistersinger"-Vorspiel vom Orchester des Deutschen Opernhauses ausgeführt, die sinnige Festansprache an den Jubilar, in der er über Bruno Wille sagte: Dieser Religionsphilosoph will für das Volk die Religion; Wissenschaft und Kunst auf der einen, Natur auf der anderen Seite sind ihre Diener, die sie in die Seele des Volkes verpflanzen sollen. Sein ganzes Leben hindurch hat der Jubilar in diesem Sinne gewirkt. Das Volksbühnenhaus, das während des Krieges unter Dach und Fach gebracht worden, spricht beredtes Zeugnis von dem Höhepunkt seines Lebenswerkes. Ein Hoheyunkt, nicht Ende seines ewig jungen Schaffens; als Vorsitzender des Volkskraftbundes arbeitet er am geistigen Wiederaufbau unseres Vaterlandes. Auch der Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung, Haenisch, welcher der Verdienste Willes auf den Gebieten dieses seines Ressorts gedachte, bezeichnete dieses Kulturwerk als Krönung seins Wirkens mit Wort und Tat. Die bekannten Künstler Franz Reisinger (Gesang „Schillerfeier" des Hans Sachs in den „Meistersingern"), Kayßler und Gertrud Eysoldt (Rezitationen aus Goethe und Hebbel) trugen zur stimmungsvollen Ausgestaltung der Feier bei. Der so hochgeehrte Jubilar Bruno Wille dankte mit warmen Worten für die Huldigung, die er in seiner bescheidenen Art nicht der Person, sondern der Idee dargebracht wissen wollte, und entließ seine zahlreich erschienenen Gesinnungsgenossen mit der Mahnung Schillers: „Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben, bewahret sie! Sie sinkt mit euch! Mit euch wird sie sich heben!" — Über die Persönlichkeit von Bruno Wille wird uns noch weiter mitgeteilt: Bruno Wille ist dem historischen Tuskulum der Berliner Naturalisten der achtziger Jahre beigeblieben; er wohnt noch heute in Friedrichshagen. In Mecklenburg geboren, kam Wille nach Berlin, um Theologie und Philosophie zu studieren. Als Mitglied der freireligiösen Gemeinde, deren Sprecher er später wurde, wirkte er durch zahlreiche religionsphilosophischen Schriften über Jugenderziehung und Sittlichkeit. Im Jahre 1890 begründete er die Freie Volksbühne, 1892 die Neue Freie Volksbühne. Seine Ideale suchte er außerhalb einer jeden Parteischablone in der Art zu fördern, die seine „Philosophie der Befreiung durch das reine Mittel" rechtfertigt. Außer als philosophischer und religiöser Schriftsteller hat Wille auch als Dichter und Literaturhistoriker einen bekannten Namen. — Auch unsere Leser und Leserinnen werden seinen bekannten Roman „Die Abendburg" gern und mit regem Interesse lesen und unsere Bestrebungen gutheißen, auch als Zeitungsroman solche literarischen Erzeugnisse zum Abdruck zu erwerben, die über dem alltäglichen Niveau stehen.

Vermischtes.

* **Neue Grippe-Epidemie in Oberschlesien.** Wie die „Schlesische Zeitung" meldet, tritt die Grippe in Oberschlesien epidemisch auf. In einzelnen Orten kann die große Zahl der Todesopfer nur unter erheblichen Schwierigkeiten beerdigt werden.

* **Das Madrider Stadttheater niedergebrannt.** Nach Meldungen aus Madrid wurde das große Stadttheater durch Feuer vollständig zerstört. Der Schaden ist sehr beträchtlich. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

* **Geheimnisvoller Goldfund.** Zwei Knaben, die ein leerstehendes Haus in Glauchau durchsuchten, dessen Besitzerin kürzlich gestorben ist, fanden im Keller einen Topf mit Goldmünzen, die augenblicklich 40—50 000 ℳ Wert haben und anscheinend aus alter Zeit stammen. Das Gold liegt vorläufig bei der städtischen Verwaltung in Verwahrung.

* **Wieder ein Kircheneinbruch.** Nachdem durch die Festnahme zweier Kircheneinbrecherbanden die Einbrüche in die Gotteshäuser in der Nähe Berlins in der letzten Zeit nachgelassen hatten, wird jetzt wieder ein Einbruch gemeldet. Die Räuber hatten es auf die evangelische Kirche in Tegel abgesehen, aus der sie einen kupferfarbenen Smyrnateppich mit hellgrünen und schwarzgelben Bordüren und Romben im Werte von 25 000 ℳ, zwei versilberte Altarleuchter und einen Elektromotor, Typ K. D. 3, geraubt haben.

* **Ein Opfer ihrer Geldgier.** In Freising (Oberbayern) wurde eine Rentnerin ermordet, die 10 000 ℳ in Gold aufgehäuft hatte. Auch Pfandbriefe über 20 000 ℳ wurden ihr von dem Mörder geraubt.

* **Scheckformulare der Deutschen Bank gestohlen.** Laut Mitteilung der Deutschen Bank Berlin sind bei ihrem Drucker ihre Scheckformulare Nr. 3 835 651—80, 3 840 051—80, 3 845 651—80 und 3 850 651—80, insgesamt 124 Stück, gestohlen und anscheinend sämtlich mit gefälschter Ausstellung der Deutschen Bank, Filiale Kattowitz, in Umlauf gesetzt worden. Vor Ankauf bezw. Bevorschussung dieser Schecks wird gewarnt.

* **Ein kostbares Perlenhalsband gestohlen. Aus einer Villa in der Rauchstraße in Berlin** ist von einem Manne, der sich als Revisionsbeamter der Kohlenstelle des Groß-Berlin ausgab, ein kostbares Perlenhalsband, das aus 65 ausgesuchten, erbsengroßen Perlen besteht, gestohlen worden. Der „Beamte" erschien am Montag mittag zweimal zu einer „Revision". Das Hausmädchen führte den Fremden durch alle Räume, wurde aber, als sie sich im Schlafzimmer befanden, durch das Läuten des Fernsprechers abgerufen, so daß der Mann kurze Zeit allein war. Bei ihrer Rückkehr erklärte der Revisor, daß seine Prüfung beendet sei und entfernte sich. Nach kurzer Zeit entdeckte man, daß ein Perlenhalsband aus dem Schlafzimmer verschwunden war. Auf die Wiederbeschaffung des kostbaren Schmuckstückes ist eine Belohnung von 20 000 ℳ, auf die Ergreifung des Täters außerdem eine Belohnung von 5000 ℳ ausgesetzt.

* **Wo die inländische Butter bleibt.** Durch den Ausnahmezustand in Westfalen ist auch das Postgeheimnis aufgehoben. Bei der Paketkontrolle in Gütersloh sind in zwei Tagen 1000 Pfund Butter und über dreißig Pakete Fleisch beschlagnahmt worden. Die Sendungen kamen aus dem Hinterland der Teutoburger Waldesheidahn, einem Dorado für Hamster und Schieber. Nach eingegangenen Meldungen sollte die Butter für 25 bis 35 ℳ das Pfund nach dem Industriegebiet gehen.

* **Wölfe in Niedersachsen.** Aus Stapel bei Neuhaus an der Elbe wird der Zeitschrift „Niedersachsen" berichtet, daß ein Jagdaufseher einen ausgewachsenen starken Wolf erlegte, der von der Schnauze bis zur Rute 1,22 Meter maß. Vor einiger Zeit hatte der Hegemeister in der Gegend einen Wolf angetroffen und durch eine Schrotladung verwundet; da das jetzt erlegte Tier kein einziges Schrotkorn aufwies, handelt es sich also um zwei verschiedene Wölfe. Man vermutet, daß die Tiere durch den Kriegslärm aus den polnischen Wäldern verscheucht und bis an die Elbe gestreift sind.

Verantwortlich für die Redaktion: Franz Köhner.
für den Anzeigenteil Franz Gomm beide in Merseburg.
Druck und Verlag der Firma Th Köhner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200206-13/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Freiwill. Auktion

Sonnabend, den 7. Februar d. Js., von mittags 12 Uhr an werde ich im früher Bartholomäischen Grundstück zu Franken leben wegen Wirtschaftsveränderung folgende Gegenstände öffentlich meistbietend geg. Barzahlung versteigern und zwar:

3 Kleiderschränke, 1 Bücherschrank, 1 Bettstelle m. Matr., 2 andere Bettstellen, 4 eis. Bettstellen, 2 Gebett Federbetten, 1 Waschtisch, 3 Tische, 6 Stühle, Regale, 1 große Brühwanne, mehrere andere Fässer, Futterfässer, Holzeimer, Kuchenregal, Kuchendecken, 1 Milchzentrifuge, 1 Butterfaß, 1 Buttermaschine, 1 Butterkneter, 1 Quarkständer, 3 Schubkarren, 2 Kastenkarren, 1 Schleifstein, 3 Dezimalwagen, 2 Backtröge, 1 Zinkbadewanne, 1 Rübenschneidemaschine, 1 eis. Kultivator, 1 Lastschlitten, 1 Fruchtpresse, 1 Fleischklotz, 1 Mussteh, 1 kleine Wanduhr, 4 Futterkrippen, Holzplanken, 1 Partie altes Eisen, ein Posten Brennholz, sowie noch verschiedenes andere Gerät.

NB. 1 Mark in Silber wird für 8 Mk. und 10 Mark in Gold für 150 Mk. in Zahlung genomm.

Im Auftrage des Besitzers:
Alb. Franke, beeid. Auktionat.

Bei obiger Auktion kommen noch ein Paar sehr gute, fast neue Kutsch-Kummetgeschirre mit Neusilberbeschlag zur Versteigerung.

Statt Karten!

Für die uns zu unserer Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeiten danken wir herzlichst.

Wölkau, im Februar 1920.

Reinhold Seifert und Frau
Anne geb. Birnstiel.

Dank!

Beim Ableben meines lieben Gatten, unseres guten Vaters, Groß- und Schwiegervaters, des Invaliden

Anton Beyer

sind uns von allen Seiten zahlreiche Beweise herzlicher Teilnahme in so reichem Maße bezeugt worden, daß wir es nicht unterlassen können, dafür unsern herzlichsten Dank auszusprechen. Insbesondere danken wir für das ehrende Geleit und die Trauermusik, für die Trostesworte und den Gesang im Hause und am Grabe sowie für den reichen Blumenschmuck. Ein „Gott vergelt es" allen, die unser teilnehmend gedacht. Ein „Ruhe sanft" dir, unserm Entschlafenen.

Großkanna, den 8. Februar 1920.

Namens der Trauernden:
Witwe Wilhelmine Beyer.

Mittwoch, den 4. Februar, abends 10 Uhr entschlief sanft unser inniggeliebtes

Käthchen

im Alter von 5 Monaten.

Merseburg, den 5. Februar 1920.

Bruno Herzlieb und Frau
Elisabeth geb. Schütze.
Ilse und Heinz Herzlieb.

Nach kurzer, schwerer Krankheit verschied plötzlich und unerwartet heute früh 5 Uhr unsere innigst geliebte, einzige Tochter und Schwester

Margarete Vollrath

im Alter von 22 Jahren.

In tiefstem Schmerze
Familie H. Vollrath.

Merseburg, 5. Februar 1920.

Die Beerdigung findet Montag nachmittag 3 Uhr von der Kapelle des städtischen Friedhofes aus statt.

Mittwoch vormittag 11 Uhr entschlief sanft nach einem arbeitsreichen Leben mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Landwirt

Karl Sander

im 70. Lebensjahre.

Dies zeigt schmerzerfüllt an
Berta Sander geb. Krebs
und Angehörige.

Trebnitz, den 4. Februar 1920.

Die Beerdigung findet Sonnabend nachmittag 3 Uhr statt.

Junge Dame sucht elegant möbliertes Zimmer
per sofort oder später. Off. u. 318 an die Exped. d. Bl.

Junges Paar sucht
möbl. Zimmer
mit Kochgelegenheit. — Offerten unter 289 an die Exp. d. Bl

Junges Ehepaar sucht
1 oder 2 möbl. Zimmer
mit Kochgelegenheit. Offerten unter 310 an die Exped. d. Bl.

Junger Techniker sucht
möbliertes Zimmer.
Off. unt. 308 an die Exp. d. Bl.

Suche sofort oder später
möbliertes Zimmer
in der Nähe des Bahnhofes.
Arthur Meyer, Merseburg
Hotel Müller.

Roßfleisch-Verkauf am 6. Februar 1920

bei Möbius, Tiefer Keller 1,
nachm. von 2—3 Uhr auf die Nummern 2401—2500
„ „ 3—4 „ „ „ „ 2501—2600

bei Hoffmann, Brühl 6,
nachm. von 2—3 Uhr auf die Nummern 2601—2700
„ „ 3—4 „ „ „ „ 2701—2800

auf Feld 7 der Roßfleischkarte.

Merseburg, den 5. Februar 1920. L A I 147/20.

Das städtische Lebensmittelamt.

Fleischverkauf auf der Freibank
findet am 6. Februar 1920
vorm. von 8—9 Uhr auf die Nummern 3376—8475
statt.

Merseburg, den 5. Februar 1920. L A I 148/20.

Das städtische Lebensmittelamt.

Junger Kaufmann sucht für sofort od. 1. März **frdl. möbl. Zimmer** möglichst mit Sonne. Off. unt. 315 an die Exped. d. Bl.

Bankbeamter sucht sofort
möbl. Zimmer.
Off. unt. 317 an die Exp. d. Bl.

Modernes Theater

MERSEBURG

TELEFON 215. GR. RITTERSTR. 1

Vornehmste u. leistungsfähigste Lichtbildbühne am Platze.

Ganz Merseburg erwartet mit Spannung den Kolossal-Großfilm der Zeit

Unsere neue Sensation:

Die Sünde der Eltern.

Ein soziales Zeitbild in 6 Akten.

Aus dem kleinen Karlemann, dem Sohn des Portiers Müller, aus dem einfachen Schlosserlehrling, entwickelt sich der Generaldirektor der großen Aktiengesellschaft, während die mit allem Luxus erzogenen Kinder den Weg zur Tiefe gehen. Ein Film aus Großindustriellen-, Hochstapler-, Verbrecher- und Arbeiterkreisen.

Motto: An unseren Kindern laßt uns gutmachen,
Was Eure Eltern an Euch gesündigt. —

Dieser Film ist kein Kultur- oder Aufklärungsfilm, sondern ein Meisterwerk, in dem ein weltblickender Dichtergeist in tiefergreifenden Zügen ein Zeitbild entwirft, das uns unser heutiges Großstadtelend in seiner gräßlichsten Nüchternheit zeigt.

— — Alleiniges Erstaufführungsrecht für Merseburg. — —

II. Außerdem:

Sodoms Töchter!!

Die Finale zum Film „Sünden der Eltern".

Der Geist Sodoms schwebt überall, über den Gerechten und den Ungerechten, über den Tiefen und den Leichten. — Lockend stehen sie da, lockend winken sie mit frogendem Blick des Wissens in den Augen. Wir sind nun allzumal Sünder.

— — Alleiniges Erstaufführungsrecht für Merseburg. — —

III. Lachen müssen Sie, ob Sie wollen oder nicht.

Frau Hempels Tochter!!!

Lustspiel in 4 Akten.

Alleiniges Erstaufführungsrecht für Merseburg.

NB. Wir weisen auf diesen Spielplan ganz besonders hin, da wir keine Kosten gescheut haben, etwas Außergewöhnliches zu bieten. — — Frühzeitiges Kommen sichert einen guten Platz.

Die Direktion. A. Bilke.

Eigene Lichtanlage!

Regierungsbeamter, kinderlos, sucht
2—4-Zimmer-Wohnung
sofort oder später. Angeb. unt. 309 an die Exped. d. Bl.

Feldverkauf.

5 Morgen Acker, Weißenfelser Straße, an der Köckschener Flurgrenze, zum Höchstgebot. Preisofferten unt. 314 a. d. Exp. d. Bl

---

1 Gänserich gegen eine Gans umzutauschen
Ober-Beuna, Kolonie Nr. 2.
F. Jarmiki.

Tanz-Schule Hünicke-Hölzer

Stundenplan-Aenderung

Der moderne Zirkel für junge Ehepaare und Brautpaare (Anfänger) beginnt Freitag 1/7 Uhr im Casino.

Privatzirkel Ehepaare (8. Tanzstunde) wie festgesetzt 8 Uhr ebenda.

Die Tanzstunde für die Abend-Abteilung findet diesmal (wegen Saalbesetzung) auch im Casino statt. Anfang pünktlich 7 Uhr.

Wir erscheinen zu zweien.

Empfehle von heute ab wieder einen frischen Transport prima belgische u. oldenburgische
Acker- und Wagen-Pferde

Hermann Seibicke
Halle a. S. Gr. Steinstr. 35 Telefon 4565

Hermann Schladitz

Uhrmacher

Großes Lager moderner Uhren

Zeitgemäße Schmucks
Bestecke
Optische Artikel

Kl. Ritterstr. 11

Fernsprecher 472

Heirat!

Damen und Herren, mit u. ohne Vermögen, welche sich schnellstens glücklich verheiraten wollen, erhalten sof. diskret Auskunft durch **Concordia, Berlin O 34.**

Junger Herr wünscht gründl. Erlernung d. englisch. Sprache.
Offerten unter Nr. 313 an die Exped. d. Bl.

Tüchtigen, selbständigen
Bäcker-Gesellen
stellt sofort ein Max Preßsch, Bäckerei, Ahendorf.

Jüngeren Mann
im Lohnbüro vertraut, zum sofortigen Antritt gesucht
Blancke-Werke.

Jungen Arbeitsburschen
stellt ein
P. Hoffmann, Dachdeckermstr., Meuschauer Straße 2.

Einige kräftige
Arbeitsburschen
stellt ein
Laucha bei Lauchstedter Str. 21, part.

Einen Lehrling
sucht zu Ostern
Otto Wittenbecher,
Handelsgärtner, Neumarktstor 1.

Steindrucker-Lehrling
zu Ostern sucht unter günstigsten Bedingungen **Albert Bruns,** Weißenfelser Straße 2.

Lehrlinge
für unsere Setzerei und Druckerei zu Ostern gesucht
Buchdruckerei Th. Rößner.

Suche für meine Kolonialwaren- u. Samenhandlung einen
Lehrling
unter günstigen Bedingungen
Carl Elkner, Merseburg, Markt

Zeitungsausträger(in)
sucht
G. Kleinert, Kl. Ritterstr. 13.

Jung. Dienstmädch.
bei guter Behandlung und Bezahlung gesucht. Zu erfragen Sessenstraße 7.

Suche zum 1. März ein ordentliches, sauberes
Dienstmädchen
bei gutem Lohn.
Selma Bergmann,
Gotthardtstraße Nr. 19.

Ehrliches Mädchen
gesucht
O. Trommler,
Schmale Straße 27.

Suche zum 1. April ein **zuverläss. Mädchen.**
Geheimrat Wrede,
Hallesche Straße Nr. 29.

Frau oder Mädchen als
Aufwartung
für einige Stunden vormittags gesucht Kl. Ritterstr. 1, 1 Tr.

Tüchtige saubere
Aufwartung
bei sehr hohem Lohn sofort gesucht Lauchstedt. Str. 21, part.

Aufwartung
gesucht
Unter-Altenburg 25, 1 Tr.

Aelteres, zuverl. **Schulmädchen**
für nachm. zu 1½ jähr. Kind gesucht.
Frau Gumelier Heine,
Burgstraße 10.

Brieftasche
mit Lebensmittelkarten auf den Namen **Paul Mertner,** Leunaer Straße 26, verloren. Wiederbringer erhält Belohnung.

Lebensmittelheft
auf den Namen Alois Harich 2855 verloren. Abzugeben Merseburger Straße 3.

Die Dame
im schwarzen Hut nebst dunklem Mantel und ebenfalls schwarzem Kleide, welche am Dienstag, den 3. d. M., ungefähr um ½5 die Straßenbahn Richtung Halle benutzte und während der Fahrt kurz vor der Bahn-Ueberführung mit der Bestätigung 10 Min. vor 5,00 nach der Uhr sah, deren Nachbarin 3 Fahrscheine nach Ammendorf löste u. in Schkopau, als ein Herr (anscheinend Musiker) ausstieg, den Platz wechselte, wird gebeten, wegen Mitteilung einer wichtigen Angelegenheit ihre werte Adresse unter 316 an die Geschäftsstelle des Merseb. Korresp., Kl. Ritterstraße 3, zu senden. Diskretion Ehrensache.

Ehren-Erklärung!

Die von uns über Fräulein **Martha Jorn** aus Merseburg verbreiteten unwahren Gerüchte nehmen wir reuevoll zurück und erklären Martha Jorn als eine ehrliche Person.

Fritz Eichel, Schkopau.
Christiane Böttcher, Schkopau.
Klara Kunze, Schkopau.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200206-13/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 31. Freitag den 6. Februar 1920. 46. Jahrg.

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 4. Februar.

Die Sitzung wird um 12 Uhr mittags eröffnet. Der Gesetzentwurf über die Ermächtigung des Finanzministers zu vorübergehenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Dienstaufsicht und der Disziplinargewalt aus Anlaß der Ausführung des Friedensvertrages wird in zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die förmliche Anfrage Schmidt-Kösenick (Soz.) über die Maßregelung von Landarbeitern.

Abg. Schmidt-Kösenick: Es wird jetzt massenhaft Landarbeiterfamilien, die Jahre und jahrzehntelang auf derselben Arbeitsstelle beschäftigt sind, gekündigt. Trotzdem die Reichsverfassung das Koalitionsrecht der Arbeiter gewährleistet, wird auf diese Arbeiterfamilien ein Druck ausgeübt, aus dem Landarbeiterverband auszutreten und in den Pommerschen Landbund einzutreten. Die Kündigungen werden den Arbeiterfamilien durch Rechtsanwälte oder Gerichtsvollzieher zugestellt. Durch die Kündigung wird die Produktion geschädigt und gleichzeitig eine Unruhigung unter den Landarbeitern hervorgerufen. Ist die Regierung bereit, schonungslos durchzugreifen, um diesen Terrorismus zu begegnen? Die Regierung sollte sofort entsprechende Erklärungen abgeben, damit die Vertrauensmänner die organisierte Landarbeiterschaft beruhigen können. Die Hoffnung, Arbeitgeber und Arbeitnehmer an den Verhandlungstisch zu bringen, scheint leider gering zu sein. Die Regierung muß also den Schutz der Landarbeiter in die Hand nehmen.

Landwirtschaftsminister Braun: Wir können uns den Luxus innerer Zerfleischung nicht mehr gestatten, denn die Feinde sitzen uns wie blutgierige Vampyre auf dem Nacken, und das Volk blutet schon aus tausend Wunden. Ein gesundes starkes Nationalgefühl soll das ganze Volk beseelen, natürlich ohne zum Ausbängeschild für reaktionäre Bestrebungen zu werden. Um dem Hunger zu begegnen, müssen wir dem Heimatboden das Letzte abzuringen suchen. Dazu bedarf es aller menschlichen Arbeitskräfte, über die wir nur irgend verfügen können. Und in dieser Zeit, in der keine Arbeitsstunde auf dem Lande entbehrlich ist, erfolgen umfängliche Kündigungen. Es handelt sich um einen Kampf des Pommerschen Landbundes gegen den Deutschen Landarbeiterverband. Dadurch wird eine gefährliche Lage geschaffen und die öffentliche Sicherheit in Frage gestellt. Es kann keine Rede davon sein, daß sich sparkatistische Bestrebungen in dem Verbande geltend machten. Bestrebungen, welche das Koalitionsrecht der Arbeiter beeinträchtigen, kann die Regierung nicht dulden. Kündigungen ohne sachliche Berechtigung müssen aufgehoben werden. Auch Streiks sind unbedingt zu vermeiden. Die neue Zeit erfordert einen verständigen sozialen Ausgleich. Die Landwirtschaft darf kein Tummelplatz politischer Kämpfe werden. Die Landwirte sollten daher den Grundsatz der Verfassung beachten: Eigentum verpflichtet.

Abg. von der Osten (Dn.): Wir pflichten dem Minister hierin durchaus bei. Bei den Kündigungen aber handelt es sich nicht um eine planmäßige Verkümmerung des Koalitionsrechts, sondern um Akte der Abwehr gegen die Arbeitsunlust. In Pommern hat die Verhetzung schärfste Formen angenommen. Wenn man diesem Vorgehen nicht rechtzeitig begegnet, so leidet das ganze Vaterland. Es sind übrigens in der ganzen Provinz Pommern nur 2700 Kündigungen festgestellt worden. Auch wir verurteilen Verstöße gegen die Koalitionsfreiheit.

Abg. Hartwig (Soz.): Der Landarbeiterverband hat mit Bolschewismus nichts zu tun. Die Zahl der Kündigungen ist weit höher als 2700. Pommern war von jeher der Sitz der Reaktion. Die Großgrundbesitzer dort gehen nur darauf aus, Sabotage zu treiben.

Abg. Westermann (Dem.): Die Landwirte können unmöglich Tarifverträge in 7—8000 Mark-Löhnen abschließen, ehe sie wissen, wie sich der Preis für die ländlichen Erzeugnisse stellen wird. Das Streikrecht kann man dem Arbeiter zubilligen, aber nicht das Recht, Arbeitswillige an der Arbeit hindern.

Abg. Mehrhof (K. Vp.): Die Großgrundbesitzer selbst haben die jetzigen Zustände herbeigeführt. Unser Wirtschaftsleben kann nur gefunden, wenn die Macht der Junker gebrochen wird.

Abg. Stendel (Z. Vp.): Wir wollen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einem Bunde zusammengefaßt sehen. Wir würden es durchaus begrüßen, wenn es zum Abschluß von Tarifverträgen käme. Damit ist die förmliche Anfrage erledigt.

Es folgt die förmliche Anfrage Schüling (Ntr.) über die Beschlagnahme von Vieh durch die belgischen Truppen in der Rheinprovinz.

Abg. Schüling (Ztr.) begründet die Anfrage und empfiehlt einen Antrag Porsch, in dem die Regierung ersucht wird, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß bei der bevorstehenden Vieh- und Pferdeablieferung für die Entente die seit dem 11. November vorigen Jahres festgesetzte Preis, sondern der zurzeit des Ankaufs der Lieferungen geltende Marktpreis zugrunde gelegt wird.

Ein Regierungsvertreter erwidert, daß die jetzigen Ungleichheiten in der Preisfestsetzung künftig durch Vereinbarungen mit dem Landwirtschaftsrat beseitigt werden sollen.

Abg. Linz (Dn.): Z. deutsche Bevölkerung wird von den Belgiern brutal vergewaltigt. Die Grausamkeiten übersteigen jedes erträgliche Maß. Ein neuer Beleg dafür ist die Behandlung der Lehrer und Lehrerinnen in Eupen und Malmedy, denen bei Strafe sofortiger Dienstentlassung die Erklärung abverlangt wurde, alles zu unterlassen, was der belgischen Politik entgegenwirkte oder den belgischen Interessen nachteilig sein könnte.

Abg. Siemen (Dem.): Die linksrheinische Landwirtschaft ist in beispielloses Notlage. Hier dieses Wüten müßte eine Entschädigung von mindestens 5000 M gezahlt werden.

Abg. Müller-Mörs (Soz.): Die Unabhängigen haben durch ihr Verhalten die Besatzungsbehörden nur in ihrem Unrecht bestärkt.

Abg. Kalle (Z. Vp.): Die Bevölkerung der besetzten Gebiete fühlt und denkt deutsch. Die Aktivisten sind eine ganz kleine Gruppe. Wir sollten auch in der vorliegenden Frage uns einmütig der linksrheinischen Landwirte annehmen.

Der Antrag Porsch wird angenommen.

Es folgt die Beratung des Beschlusses der Regierung betreffend die

Zuständigkeit des Ministeriums für Volkswohlfahrt.

Durch diesen Beschluß wird dem neuen Ministerium unter anderm das Prostitutionswesen übertragen.

Abg. Wegl (U. Soz.) bittet um Auskunft über die künftige Handhabung der Sittenpolizei.

Ein Vertreter des Wohlfahrtsministeriums erwidert, die Übernahme der Befugnisse habe sich erst im Januar ermöglichen lassen. Die extreme sich zunächst auf die pflegeamtliche Seite der Sache. Bezüglich der Sittenpolizei schweben noch Verhandlungen.

Ein Antrag Hammer (Dn.) auf Entschädigung der Tierhalters für gefallene Tiere geht an den Landwirtschaftsausschuß.

Ein Antrag Haseloff (Dn.) auf Steuerüberschlagung für Kriegsteilnehmer und Auslandsdeutsche geht an den Haushaltsausschuß.

Ein Antrag Adolf Hoffmann (U. Soz.), den Mitgliedern der Landesversammlung auf Wunsch den „Reichs- und Staatsanzeiger" zu liefern, wird angenommen.

Es folgt der Mündliche Bericht betreffend die Gestaltung Preußens. Der Ausschuß ersucht die Regierung, alle Anträge auf Abtretung preußischer Gebiete zur Bildung größerer Staatengebilde anzunehmen, auf Wunsch der thüringischen Staaten mit ihnen über einen Zusammenschluß zu verhandeln und zu diesen Verhandlungen einen Ausschuß von fünf Mitgliedern der Landesversammlung zuzuziehen.

Die Entschließung des Ausschusses wird angenommen.

Donnerstag 12 Uhr: Anfragen und Anträge. — Schluß 6,5 Uhr.

Provinz und Umgegend.

† **Erfurt**, 3. Febr. Die gestrige Stadtverordnetenversammlung genehmigte nach abermaliger Beratung der Steuervorlage die Erhöhung der Zuschläge für die Einkommensteuer, die Gewerbesteuer und die Grundsteuer um je 75 Prozent auf 375 Prozent. Ebenso stimmten die Sozialdemokraten und Demokraten dem dringlichen Magistratsantrag zu, die Frohbergersche Druckerei anzukaufen, als städtische Druckerei einzurichten und hierfür 250 000 ℳ zu bewilligen. Damit war die Magistratsvorlage genehmigt.

† **Altenburg**, 3. Febr. Aus dem Naturhistorium wurden mittelst Einbruchs eine Anzahl ausgestopfte Tiere wie: Biber, Wildkatze, Waschbär, Steinmarder, Iltis, Stinktier, sowie 2 Eisenbeinzähne mit eingeschnitzten Bildern und andere altertümliche Sachen gestohlen. Offenbar haben es die Täter auf die wertvollen Pelze abgesehen und sie werden versuchen, diese an den Mann zu bringen.

† **Altenburg**, 3. Febr. Der Staatsrat von Thüringen hat am 29. Januar beschlossen, die Milchpreise ab 1. Februar auf 80 ₰ für 1 Liter ab Stall festzusetzen. Auch die Butterpreise sollen entsprechend erhöht werden. Das Staatsministerium zu Altenburg wird mit den Kommunalverbänden, sowie mit den landwirtschaftlichen Berufs- und mit den Verbrauchsvertretungen baldigst zu diesem Beschluß Stellung nehmen und bis spätestens 15. Februar eine Neufestsetzung der Preise vornehmen.

† **Gera**, 3. Febr. Das Ergebnis der Viehzählung im Volksstaat Reuß am 1. Dezember 1919 stellt sich nach den Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamtes wie folgt: Pferde 7344, Rindvieh 44 052, Schafe 8554, Schweine 4108, Ziegen 24 215, Federvieh 149 862, Kaninchen 79 400. Die Zahl der viehbesitzenden Haushaltungen betrug 25 335.

† **Wolfen**, 3. Febr. In einer der jüngsten Nächte wurde in den Geschäftsraum der nahen Anilin-Kohlengrube „Hermine" eingebrochen und außer anderen Gegenständen eine Schreibmaschine gestohlen. Einem früher dort Beschäftigten verhaftete man in Leipzig, als er Maschine zum Kaufe anbot.

† **Schleiz**, 3. Febr. Am Donnerstag abend wurde der von Schleiz um 7 Uhr abends nach Schöneberg abgelassene gemischte Zug auf offener Strecke beraubt. Mehrere Räuber, die bis jetzt unermittelt geblieben sind, sind in den Stückgutwagen, jedenfalls von der 4. Klasse aus eingedrungen und haben daraus für etwa 10 000 ℳ Rinderhäute und Felle herausgeworfen und haben dann die Beute beiseite geschafft. Die Züge haben auf der Bahnstrecke Schleiz-Schöneberg nur eine mäßige Fahrgeschwindigkeit.

† **Aken**, 3. Febr. In Aken wurde in der Nacht zum Freitag in der Marienstraße eingebrochen. Die Diebe stahlen eine silberne Kanne, vier silberne Kaffeelöffel, zwei silberne Tassen und einen silbernen Teller. Als die Spitzbuben die geraubten Gegenstände heute bei einem Destillateur Altbändler verkaufen wollten, wurden sie verhaftet. Es handelt sich um die 22 bezw. 24 Jahre alten Schiffer Mühlhaus und Ende. Die Einbrecher haben gestanden, auch die zweite Kirche in Aken beraubt zu haben, und zwar stahlen sie aus dieser ein Kruzifix und drei Kronleuchter.

† **Dessau**, 3. Febr. Zwischen dem Generalbevollmächtigten des amerikanischen Maizena-Konzerns und einigen mitteldeutschen Maisstärkefabriken werden augenblicklich wichtige Verhandlungen gepflogen. Wie wir hören, kommen hierbei auch die beiden anhaltischen Maisstärkefabriken in Steuy und Zerbst in Betracht. Die Verhandlungen stehen unmittelbar vor ihrem Abschluß und es dürfte an dem Zustandekommen der Transaktion kaum noch zu zweifeln sein. Zurscheinend haben die Amerikaner die Absicht, ihre angehäuften Maisvorräte nach Deutschland zu importieren, um sie dort zu verarbeiten und zu verkaufen.

† **Delitzsch**, 5. Febr. Das Opfer ihrer Vertrauensseligkeit wurde ein junges Mädchen aus dem nahen Döbernitz, das mit ihrer Freundin zusammen in einem hiesigen Kino die Bekanntschaft zweier junger Leute in Uniform gemacht hatte. Gern nahm man auf dem Heimweg die Begleitung der letzteren an, und wohl aus Dankbarkeit hierfür, oder aus Mitleid mit dem angeblich frierenden Begleiter überließ das eine junge Mädchen diesem ihre Pelzjacke. Als die beiden Paare dann etwas auseinandergekommen waren, ertönte plötzlich ein Pfiff und auf dieses Signal hin suchte der Bursche plötzlich das Weite, auch noch den Muff mitnehmend.

† **Roda** (S.-A.), 5. Febr. Als braver Mensch erwies sich ein französischer Kriegsgefangener, der in Saalhof ein Verhältnis mit einem Mädchen angeknüpft und diesem die Ehe versprochen hatte. Er brachte dem Mädchen von der Schweiz aus, daß es dahin kommen möge, und als dies abgelehnt wurde, kam er selbst hierher, um sein Versprechen einzulösen. Das Aufgebot ist bereits erfolgt und die Ehe, die schon im voraus mit einem Kinde gesegnet ist, wird demnächst ordnungsmäßig geschlossen werden.

† **Leipzig**, 5. Febr. Zwei Kinder tödlich überfahren. Am Montag nachmittag ¼2 Uhr wurde in der Mockauer Straße in L.-Mockau der 9 Jahre alte Sohn eines Eisenbahnbeamten von einem Triebwagen der Linie 1 überfahren und schrecklich verstümmelt. Der verunglückte Knabe, dessen Tod sofort eintrat, hatte sich in leichtsinniger Weise an einen Wagen gehangen, ließ diesen dann los und lief direkt in den Wagen hinein. — Ein ähnlicher Unfall ereignete sich am Dienstag nachmittag gegen ½3 Uhr am Markt in L.-Lindenau. Hier lief der 7 Jahre alte Sohn des Tischlers Rascher in einen Triebwagen der Linie 18. Auch hier waren die Verletzungen derart, daß der Tod auf der Stelle eintrat. In beiden Fällen mußte die Feuerwehr die Wagen heben, um die Leichen der verunglückten Kinder bergen zu können. — Dienstag morgen kam aber Leipzig ein Transport der für Oberschlesien bestimmten Ententetruppen, der in Leutzsch einen längeren Aufenthalt nehmen mußte. Es war zunächst ein unter Begleitung einer aus einem Offizier und zehn Mann bestehenden Abteilung verkehrender 32 Wagen langer Proviantzug, der revidiert wurde und an dessen Versegungswagen Plomben angebracht wurden. Am Montag nachmittag 3,30 Uhr hatte dann ein Transport den Bahnhof passiert, bestehend aus 14 Offizieren, 185 Mann, 55 Pferden, 28 Fahrzeugen, darunter 16 Automobile, Formation gemischte Kommission, Generalstäbler 50 Wagen im Zug, Ziel Oppeln. 11,05 Uhr abends kamen vorüber 7 Offiziere, 248 Mann, 81 Pferde, 21 Fahrzeuge, Formation Alpenjäger. Bataillon 18.

Merseburg und Umgegend.

5. Februar.

(Weitere Lokalnachrichten siehe auch Hauptblatt.)

** **1950 Gramm Brot — 200 Gramm Mehl die Woche. Zur Herabsetzung der Brotration**, die der Reichswirtschaftsminister Schmidt bereits vor 14 Tagen in einer Rede in der Gewerkschaftskommission angekündigt hat, wird noch folgendes mitgeteilt: Die Brotmenge wird um 450 Gramm auf 1950 Gramm, die Mehlmenge um 60 Gramm auf 200 Gramm vermindert. Die amtlichen Stellen, die vor einer Woche betont haben, daß an eine Herabsetzung der Ration nicht gedacht wird, haben sich nunmehr entschlossen, bereits am 9. Februar mit der Verminderung dieses gerade jetzt so überaus notwendigen Lebensmittels zu beginnen. Als erste Folge ist jedenfalls festzustellen, daß die Schleichhandelsbrotkarten im Preise steigen.

** **Der neue Aufbau unseres Heeres.** Das „Heeresverordnungsblatt" veröffentlicht Bestimmungen über die Bildung des Hundertausendheeres, deren Kenntnis für die unmittelbar beteiligten Militärpersonen notwendig ist, die aber auch die Öffentlichkeit angehen, weil sie die starken Ausfälle decken, die das Zweihundertausendheer getroffen worden ist, wird aus der Zahl der noch vorhandenen Kapitulanten nur etwa die Hälfte in Unteroffizierstellen des endgültigen Heeres übernommen werden können. Die hierfür nicht ausgewählten Kapitulanten, die darauf Wert legen, ihre 12jährige Dienstzeit zu erfüllen, müssen sich damit abfinden, unter Beibehalt ihres Ranges und ihrer bisherigen Gebührnisse „in Reihe und Glied", also in Mannschaftsstellen, verwendet zu werden; andernfalls werden sie nach dem Kapitulanten-Abfindungsgesetz entlassen. An Unteroffiziere, denen nur kurze Zeit an den 12 Jahren fehlt, dürfen hierbei geringere Anforderungen gestellt werden. Unteroffiziere, die sich bisher nicht bewährt haben und Offiziere werden, sollen vorwiegend bei Maschinengewehren, Minenwerfern usw. Dienst tun. In Unteroffizierstellen sollen andererseits auch solche Unteroffiziere aufgenommen werden, die ohne Kapitulanten zu sein, sich besonders bewährt haben. Der Rest der Mannschaftsstellen wird zunächst mit den vorhandenen Mannschaften besetzt, soweit sie den zu stellenden Anforderungen entsprechend geeignet sind, die 12jährige Dienstpflichtung zu übernehmen. Die schon geleistete Dienstzeit wird dabei angerechnet. Wenn damit der Bestand von 100 000 Mann, einschließlich der Offiziere, nicht erreicht wird, so werden auch neue Freiwillige eingestellt werden. Da

Das Geheimnis von Dubschinka.

Kriminalroman von Erich Ebenstein.

87. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Schon wollte er sich enttäuscht abwenden, denn das schwere Möbel betfeste zu rücken, hätte ja einen Spektakel gemacht, den man wohl im ganzen Hause gehört hätte, als sein Blick auf eine kleine, runde Öffnung fiel, in der sich ein viereckiger Zapfen befand.

Ah — sollte der Schrank nur einen markierten Durchgang bilden? Sein Versuch, hinter das Geheimnis dieses eigenartigen Gehäimweges zu kommen, war von Erfolg gekrönt. Es ging prächtig.

In zwei Minuten stand er aufatmend im Korridor, der leer und dunkel vor ihm lag. Nun galt es, zu forschen, ob sich neben Dobrucks Zimmern ein Ort finden ließ, von dem aus man hören konnte, was dort gesprochen wurde.

Hempel kannte Dobrucks Zimmer. Sie nahmen die Mitte des Korridors ein und bestanden aus einem Schlafraum und einer Art Wohnzimmer.

Befand sich der Portier jetzt darin oder wartete er wirklich unten bei der Gräfin auf die Heimkehr des Grafen?

Hempel würde es bewiesen haben, aber Suzettes Bericht über die Krankheitsanfälle der Gräfin hatte seinen Gedanken eine andere Richtung gegeben.

Wenn sie wirklich krank war und man es vor dem Grafen geheim halten wollte — Gott weiß, was man dann war allen Ernstes anzunehmen, daß Dobruck den Heimkehrenden gleich im Flur in Empfang nehmen und abhalten würde, die Gemächer seiner Gemahlin zu betreten.

Wie konnte dies am besten geschehen? Doch jedenfalls, indem man ihn hier heraus führte und ihn durch einen Bericht über Mr. Parkinsons Besuch fesselte, bis Kathinka dann fliehen konnte, die Gräfin schleunigst schon und dürfte nicht mehr gestört werden.

Da man Suzette gleichfalls als Aufpasser an die Haustür beordert hatte, konnte Dobruck also wahrscheinlich wirklich nur in den Gemächern der Gräfin sein, von wo er dann wohl geholt werden sollte.

Alle diese Erwägungen hatten den Detektiv bestimmt, eine langgehegte Absicht auszuführen.

Er mußte längst, daß der Graf öfter heimlich mit Dobruck hier oben Unterredungen hatte. Aber es war unmöglich, ihnen über die Haupttreppe nahe zu kommen, und auch auf die bisher nur vermutete Steintreppe konnte sich Hempel bisher nicht wagen, da er deren Beschaffenheit nur ergründen konnte, wenn er sowohl vor dem Grafen und Dobruck selbst als auch vor der Mamsell sicher war.

Stets Hempel brannte darauf, die geheimnisvollen Beziehungen kennen zu lernen, die zwischen dem Grafen Koschzwinski und seinem Portier unzweifelhaft bestanden. Würde es heute gelingen? Die Umstände schienen wider Erwarten günstig.

Er legte das Ohr horchend an die Tür, die zu Dobrucks Wohnung führte.

Es war totenstill darin. Er probierte vorsichtig eine Reihe von Schlüsseln, — aber die Tür ließ sich nicht öffnen. Wahrscheinlich besaß sie ein eigens konstruiertes Schloß.

In dem einsenstrigen Schlafzimmer würde Dobruck den Grafen keinesweges empfangen, sondern sicher im Wohnzimmer nebenan.

An dieses stieß ein spärlich möbliertes Zimmer, dessen Tür unverschlossen war. Hempel trat ein und überzeugte sich mit Hilfe einer kleinen Taschenlaterne, daß es eine Tür nach dem Nachbarraum — also Dobrucks Wohnzimmer — besaß, vor der ein altmodisches, hochlehniges Sofa stand. Unter dieses verkroch er sich, denn die Tür besaß unten einen fingerbreiten Spalt, durch den man sicher auch den Schall leise gesprochener Worte hören konnte. Bisher war alles wider Erwarten gut gegangen.

Im Hause war alles still. Man hatte unten die große Portalterne angezündet, und ihr Schein warf phantastische Reflexe auf die Decke des Gemaches, in dem Silas Hempel verborgen lag. Gegen sieben Uhr fuhr ein Schlitten vor, und man hörte eine fremde, dröhnende Männerstimme im Flur. Es war offenbar der Arzt. Er hielt sich nicht lange bei der Kranken auf. Nach wenigen Minuten entfernte er sich schon wieder, begleitet von Mamsell Kathinka, deren Stimme einen entschuldigenden Ton hatte, während der Arzt, scheinbar ärgerlich — die Worte konnte Hempel oben natürlich nicht verstehen — davonfuhr.

Hatte man ihn bloß zum Schein geholt und war das Ganze eine Komödie der Gräfin? Aber wozu? Der Detektiv zerbrach sich vergeblich den Kopf darüber.

Nach einer Weile kam die Mamsell — Hempel erkannte sie an ihrem hastigen, schleichenden Gang — schloß nebenan bei Dobruck auf und hantierte einige Minuten am Tisch herum. Man hörte mit Geschirr und Essen klappern, auch wurde eine Lampe entzündet, denn das Gemach nebenan blieb hell, auch nachdem die Mamsell wieder gegangen war.

„Ah, meine Berechnung scheint doch zu stimmen", dachte der Detektiv befriedigt, „man hat offenbar hier einen Imbiß für den Grafen zurechtgestellt."

Kurz nachdem die Schloßuhr neun geschlagen hatte, hörte man vom Gutshof Hufschläge. Es war der Graf; er lief nach Paul und trat dann in den Flur, wo ihn der Portier offenbar schon erwartet haben mußte, denn man vernahm sofort eine Stimme.

Hempels Herz begann laut zu klopfen.

Im nächsten Augenblick atmete er tief auf. Ja — sie kamen beide! Leise flüsternd näherten sie sich der Tür und betraten Dobrucks Wohnzimmer.

„Ah, das ist gut, daß Ihr mir etwas zu essen bereitet habt!, sagte der Graf, sich in einen Stuhl werfend. „Ich bin wirklich erschöpft von dem Parforceritt! Fünfeinhalb Stunden im Sattel bei dieser Kälte und dieses Wetter von Schnee!"

„Und hatten Sie Erfolg?" fragte Dobruck. Beide sprachen polnisch, und es war ein Glück, daß Hempel diese Sprache völlig mächtig war.

„Teufelei. Aber davon später. Erst will ich wissen, was mit meiner Frau ist — Sie sagten, daß sie krank sei und sogar nach dem Arzt schicken mußte! Was fehlt ihr? Sie war doch immer kerngesund!"

„Es ist gottlob schon wieder vorüber, und wir ließen den Arzt gar nicht zu ihr, da sie eben eingeschlafen war, als er kam. Es war eine Art Nervenkrise —"

„Nerven — meine Frau? Wollen Sie mich zum besten haben? Ich habe in Neapel bewundernd gesehen, was sie für Nerven hat! Ich wollte, ich hätte auch solche!" setzte er seufzend hinzu.

„Sie hat sehr viel Willenskraft. Aber diesmal war es eben zu stark. — Sie müssen auch bedenken, was ihr in der letzten Zeit alles zugemutet wurde!"

„Gewiß. Aber — — —"

„Mr. Parkinson war hier, und blieb fast eine Stunde lang!" sagte Dobruck, jedes Wort betonend.

„Teufel — heute schon kam er?"

„Ja. Gleich, nachdem Sie fort waren."

„Wie ging es?"

„Ausgezeichnet! Ich befand mich im Nebenzimmer und war entzückt über die Geistesgegenwart der Gräfin. Ah — sie ist geboren für solche Aufgaben! Sie weinte so herzbrechend, als der Amerikaner ihr seine Überzeugung aussprach, daß die Tote von Neapel keine andere gewesen sei, als ihre Schwester Harriet!"

„Dobruck leckte leise vor sich hin.

„Er sprach also davon?"

„Sogleich."

„Hat er etwas über seine Nachforschungen nach dem Mädchen verlauten lassen? Einen Verdacht ausgesprochen?"

„Nein. Er weiß gewiß nicht mehr darüber, als — alle Welt. Ich möchte auch herzerigen sehen, der in mir den Blinden von damals wiedererkennen würde!"

„Sie vergessen, daß Sie nicht allein waren! Mieczkław würde sehr leicht wieder erkannt werden! Er hat sich seine Albernase zurechtgefeilt!"

„Baß — wer weiß etwas von Mieczkław in Neapel? Wer kümmert sich darum, ob solch' ein armer polnischer Student ein paar Tage lang den Vorlesungen in Lemberg fernblieb oder nicht?"

„Nun, wir wollen es wenigstens hoffen. Wurde zwischen der Gräfin und dem Amerikaner auch von dem Gelde gesprochen?"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200206-13/fragment/page=0005

der Dienstvertrag für den Freiwilligen eine unkündbare 12jährige Verpflichtung enthält, so muß sich offenbar auch das Reich auf Gegenleistungen verpflichten, die es 12 Jahre lang nicht zu ungunsten des Freiwilligen ändern kann.

** **Steuerfreiheit der Reichswehr?** Auf eine Anfrage des Landesverbandes Bayern des Deutschen Offiziers-Bundes, ob auf die Angehörigen der Reichswehr als im mobilen Verhältnis stehend der Steuerbefreiungsgrund des Einkommensteuergesetzes zutreffe, hat das Staatsministerium der Finanzen mitgeteilt, daß zurzeit Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium schweben, die eine einheitliche Lösung der Frage bezwecken, ob die Angehörigen der Reichswehrbrigade bezüglich ihrer militärischen Einkünfte Steuerfreiheit genießen.

** **Wie in Flensburg für die freie Volksabstimmung gearbeitet wird,** geht aus einem Brief aus Flensburg hervor, der uns aus unserem Leserkreis zur Verfügung gestellt wird. In ihm heißt es unterm 20. Januar:

Meine Zeit ist zwar knapp, aber ich muß Dir doch beschreiben, wie es hier in Flensburg aussieht. Am Freitag den 16. Januar hatten wir eine große deutsche Kundgebung. Am Sonnabend den 24. Januar hatten wir aus Anlaß der Abschiedsfeier unserer Truppen wieder eine große deutsche Kundgebung, wovon ich Dir eine Karte beilege. Das weitere hast Du wohl in der Zeitung gelesen, dort ist alles ausführlich drin, nur schreibt die Zeitung nicht ganz die Wahrheit, nämlich die Prügelszenen stehen nicht drin. Denn es geht nicht immer so friedlich und ruhig. Bis zum 24. ist alles so ziemlich ruhig verlaufen, aber vom 25. an hat das Bild sich verändert. Da machten die Dänen einen Demonstrationszug, wobei es verschiedentlich zu Zusammenstößen kam. Ich wohnte einer solchen am Nordermarkt bei, doch sie wurde bald auseinandergesagt. Der dänische Demonstrationszug war klaglich. Viele Menschen gingen zwar mit, aber die Dänen warten von Sonderburg, Hadersleben, ja selbst von Dänemark gekommen. Mit zwei Musikkapellen und drei sogenannten Fahnen, so groß wie Taschentücher, hatten sie am Spaziersteg gebunden, so zogen sie unter den Klängen dänischer Lieder durch die Straßen. Aber sie konnten nicht singen; warum nicht?, weil die meisten gar keine Dänen waren, sondern Deutsche, die mit Speckpaketen und Geld dazu gekauft wurden, und diese nicht dänisch sprechen, vielweniger singen konnten. So glich er mehr einem Trauerzug, und nun kannst Du Dir wohl denken, daß es nicht ohne Zwischenfälle ablaufen konnte, denn es hat hier niemand etwas dagegen, wenn die Dänen für ihre Sache stehen, aber daß sie die Deutschen zum Verrat verleiten, das macht uns wütend, und bedenke, es waren sogar deutsche Beamte in deutscher Uniform dabei. Die Dänen bezahlen diejenigen, welche sich dem dänischen Zug anschließen, 200 M, wer sich verpflichtet, seine Stimme den Dänen zu geben, 800 bis 500 M, wer von den Beamten seine Uniform den Dänen leiht, 800 M. Das sind nur ein paar Mittel, mit denen die Dänen arbeiten, und ich schreibe es Dir, damit die Deutschen erfahren, wie wir hier zum Dänischen gewissermaßen gemacht werden. Aber nun höre weiter: wie es kam, weiß keiner, auf einmal ertönte von einer geschulten Kapelle hinter den Dänen das Lied: „Deutschland, Deutschland über alles", begleitet von vielen tausend Stimmen, die Fenster, welche bis dahin verschlossen waren, wurden geöffnet und nun regnete es Fahnen und Blumen, ein Jubel und ein Brausen ohne Ende und ein Zug bildete sich, wogegen der Dänenzug lange nicht heranko nnte, bis abends 11 Uhr haben die Deutschen demonstriert. Am 26. war ich zur Post. Da kam gerade die Internationale Kommission, sie wurde empfangen ohne Fahnenschmuck. Die Engländer und die Franzosen bildeten die Ehrenkompagnie. Da der Zug Verspätung hatte, stand es dicht gedrängt voller Menschen am Hafen. So wie die Herren erschienen, flatterten die Danebrogs auf, welche die Dänen unter den Röcken versteckt hatten und ein Hoch erklang von den Dänen. Die Deutschen blieben ruhig, als aber die Franzosen längs zogen und die Dänen ihnen als ihre Befreier huldigten, sprangen die Deutschen dazwischen und nun begann die Hauerei. Die Danebrogs flogen in den Mühlenstrom, die Polizei war machtlos; einen Dänen, der seine Fahne mit einem Schlagring verteidigen wollte, hatten sie schon auf dem Geländer, um ihn in den Strom zu werfen. Da wurde er verhaftet. Auf unserer Marinestation hausen die Engländer und Franzosen, woselbst auch schon große Hauerei gewesen ist. Gestern haben sie sich wieder am Holm verhauen, wobei ein großes Ladenfenster in Trümmer ging. Ein junges Mädchen (Deutsche) haben gestern die Deutschen so verhauen, daß sie über und über mit Blut bedeckt fortgebracht worden ist, weil sie mit einem englischen Offizier ging. Das sind die ersten Tage der Besetzung, es kann hier noch bunt werden. Wir haben gestern 800 Mann Landbesatzung zubekommen deswegen, es wird ein schwerer Kampf.

Jahresbericht der Handelskammer Halle.

Bis 1913 hat die Handelskammer für jedes Jahr einen Bericht über den Gang der Geschäfte in Handel, Industrie und Bergbau herausgegeben. Während der Kriegsjahre war die Handelskammer durch ministerielle Anordnung von der Herausgabe eines Jahresberichtes entbunden. Für 1919 ist nun wieder ein Jahresbericht herausgegeben.

Dem in diesen Tagen erschienenen Januarheft der Mitteilungen der Handelskammer zu Halle ist der Fragebogen für diesen Jahresbericht der Handelskammer, der früher besonders versandt wurde, beigelegt worden. Die Firmen werden gebeten, der Handelskammer in Beantwortung des Fragebogens ihre geschäftlichen Erfahrungen über das Kalenderjahr 1919 sowie Wünsche und besondere Anderungen in ihrem Geschäftszweig möglichst vollständig mitzuteilen. Die überaus reichen Geschäftsberichte und statistischen Angaben werden unter strengster Verschwiegenheit betreffs der Person und der Firma des Berichterstatters aufbewahrt und gewissenhaft verarbeitet. Firmen, welche verwendbare Angaben machen, erhalten ein Exemplar des gedruckten Jahresberichtes nach Fertigstellung wie bisher kostenlos zugesandt. Die Firmen haben es durch die umfangreiche Erhebung in ihrer Hand, daß ihre gesetzliche Interessenvertretung den Staatsbehörden und der Öffentlichkeit einen den wirklichen Verhältnissen möglichst genau entsprechenden, die Anschauung der industriellen und kaufmännischen Kreise getreu wiedergebenden und den hervortretenden Verhältnissen Rechnung tragenden Bericht erstattet. Es sollte daher keine Firma die Gelegenheit, auch ihre Stimme zu Gehör zu bringen, versäumen. Sollte eine Firma noch nicht im Besitz eines Fragebogens sein, so wird ihr auf Wunsch vom Büro der Handelskammer Halle, Franckestr. 5, ein solcher bereitwilligst zugestellt werden.

Uferini kommt!

Weiß- und Rotkohl
eingetroffen
Gemüseban Rischmühle.

Kammer-Lichtspiele!
Kleine Ritterstraße Nr. 3 — Fernruf 529

Ab Freitag bis Montag:

„Das Schicksal der Carola von Geldern"

Für den Film bearbeitet frei nach Motiven des Olga Wohlbrückschen Romans „Der große Rachen". In der Hauptrolle die reizende und liebliche, vom Publikum vergötterte Künstlerin Lotte Neumann!

Hierzu ein prächtiges, erstklassiges Beiprogramm!

Anfang wochentags 6 Uhr, Sonntags 4½ Uhr mit durchgehend. Programm. Sonntag ab 3 Uhr große Jugend- und Kinder-Vorstellg.

Gummiwaren
Mutter-Spritzen, Frauen-Tropfen
sanitäre Frauenartikel
Anfrag. erbrt. Versandhaus Heusinger Dresden 240, Am See 3.

Uferini kommt!

Tanzschule Hünicke-Hölzer
Unsere Listen für die
Frühjahrszirkel
liegen bei Herrn Ohme, Brühl 20, aus
1. für Schülerzirkel,
2. für die Abendabteilung.
Einer guten Einteilung wegen nehmen wir schon jetzt die Anmeldungen entgegen und bitten wir deshalb, Einzelchnungen baldigst vornehmen zu wollen
Zu unserem soeben begonnenen Abendzirkel sind noch Damen erwünscht. Nächste Stunde Freitag abends 8 Uhr im Schützenhause.

Deutschnationale Volkspartei
Kreisgruppe Merseburg.
Kein Staatsbankerott
Ueber dieses Thema spricht in einer öffentlichen Versammlung am
Freitag, den 6. Februar, abends 8 Uhr im Kasino-Saal
Herr Generalsekretär Föllmer-Berlin.
Der Vorstand.

Fast neuer Gehrockanzug u. zwei Post-Uniformröcke für mittlere Figur zu verkaufen Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Neuer Stores umständehalber zu verkaufen Johannisstr. 7, Hth.

Gefr. gut erh. Kleidungsstücke zu verkauf. A. d. Geisel 3, III

Guterhalt. Maske (Spanierin) billig zu verkaufen Weißenfelser Str. 16, part.

Daselbst eleg. Maske z. verleih.

2 Damen-Masken 1 Dirndl-Kostüm verl. Gotthardtstr. 38, 2 Tr. r.

1 Paar Herren-Schnallenschuhe und ein Paar hohe braune Herren-Schnürschuhe (passend als Jagdstiefel) zu verkaufen Weißenfels. Str. 7, III.

2 Damenmasken zu verleihen Preußerstraße 10, 2 Tr., r.

Großer Kanonenofen mit Rohren billig zu verkaufen. Zu erfrag. in der Exped. d. Bl.

1 P. h. braune Knopfstiefel Größe 38 zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Tafelklavier zu verkauf. Zu erfrag. in der Exped. d. Bl.

1 P. Damenschuhe Gr. 40
1 P. Herrenschuhe Gr. 42
verkauft Roth, Hintenstr. 9, I.

3 Linden za. 2 m lang, 40 cm Durchm., sind zu verkaufen bei Ruft, Schkopau Nr. 36.

Bl. Seidenhut mit Reiher zu verkaufen Ober-Altenburg 8, 1 Tr.

Ein guter wachsamer
Schäferhund
zu verkaufen Amtshäuser 1a.

Briketts
im einzelnen verkauft
Albert Gausch,
Breite Straße, Alte Post.

Tivoli-Theater Merseby.
Direktion: A. Dechant.
Freitag, 6. Febr., abds. ½8 Uhr: Einmalige Aufführung:
Die Rose von Stambul.
Operette in 3 Akt. v. Leo Fall.
Sonntag, 8. Febr., abds. ½8 Uhr: Zum letzten Male!
Das Dorf ohne Glocke.
Volksop. in 3 Akt. v. E. Künnecke.

Kranken Frauen
und Mädchen teile ich unentgeltlich mit, wie ich von meinem lang. ihrigen Frauenleiden (Weissfluss) in kurzer Zeit befreit wurde. Rückporto erbeten. Frau
Berta Koopmann, Berlin W 35, Potsdamer Str. 104.

Zimmergesellen-Begräbniskasse.
Sonnabend, den 7. Februar, abends 7 Uhr in Götzes Restauration
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Rechnungslegung 1919.
2. Vorstandswahl.
3. Verschiedenes.
Um recht zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Jedes Quantum Papiersäcke zu kaufen gesucht. Paul Naumann. Hirtenstr. 11.

Rot- u. Weißwein-Flaschen kauft jeden Posten Walter Bergman, Gotthardtstraße Nr. 19.

Ausgekämmtes Damenhaar kauft höchstzahlend Alfr. Kluge, Bahnhofstr. 8a

Casino - B.-V. G.
Sonnabend, den 7. Februar, von abends 6 Uhr an
Groß. Faschings-Ball
bei vollem Orchester. — Hierzu ladet alle Mitglieder, Freunde und Gäste des Vereins herzlichst ein Der Vergnügungsausschuß.

Frankleben. Gasthof Franz Siebeck am Bahnhof.
Sonntag, d. 8. Febr., v. nachm. 3 Uhr an
BALL!
Von 6 Uhr an
Masken-Ball.
Eintritt 1 M. — Masken frei. — Zwei besten Herren- u. zwei besten Damenmasken werden prämiiert. — Hierzu laden frdl. ein Der Kaninchen-Züchterverein Frankleben und Umgegend. Der Wirt.

Gummi- u. Metallstempel
Kurt Karius
Fernruf 620 Merseburg Brühl 4.

Hüte zum Umpressen
werden noch angenommen.
J. Hagen, Putz, Entenplan 9.

Futterrüben
hat noch abzugeben
E. Weisbahn, Neumarkt.
Fernsprecher 486.

Fuhren
aller Art werden angenommen. Max Weber, Breite Straße 20.

Kleine Anzeigen
finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

Hüte
für Damen sowie auch für Herren presse um auf moderne schicke Formen.
Fa. Else Pitzschker
Inh.: M. Emsel
Gr. Ritterstr. 1 * Gr. Ritterstr. 1

Pferde zum Schlachten kauft
Arthur Hoffmann,
Brühl 6,
Roßschlächterei, Fernruf Nr. 264.
Inhaber der Erlaubnis zum Ankauf v. Schlachtpferden.

Zement gibt ab Bielig, Domstr. 10.

Kohlenfuhren werden ausgeführt Blumenthalstraße 7.

Silbergeld
8½fach
Ich zahle für jedes
50 Pfennigstück . . . . . 4.25 Mark,
1 Markstück . . . . . 8.50 „
2 Markstück . . . . . 17.00 „
3 Markstück . . . . . 25.50 „
5 Markstück . . . . . 42.50 „
Gold 15fach.
Zahle für 20 Mark 300.— Mark, für Bruchsilber und Bruchgold zahle die höchsten Tagespreise!
Brennstifte von 40.— Mark an bis 100.— Mark.
Ein- und Verkaufs-Zentrale
Halle S., Kl. Klausstr. 18. Telephon 2191.

Tel. 203 — Tel. 203
Schreibmaschinen
Fahrräder * Nähmaschinen * Motorräder
Kraftwagen
werden schnell und sachgemäß repariert in der
Reparaturwerkstatt
Gustav Engel Söhne
Merseburg, Weißenfelser Str. 7
Tel. 203 — Tel. 203

Uferini kommt!

Weißkohl
wieder eingetroffen.
Trebst, Gärtnerei Nordstr. Fernruf 10.

Wäsche zum Waschen und Plätten wird angenommen Gr. Sixtistr. 9.

Stellen-Angebote Gesuche
finden die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent"

Brenn-Holz
wieder eingetroffen!
Verkauf Hallesche Str 39, Hof.

Uferini kommt!

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich 2,10 Mk. Vierteljährlich 6,30 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen 6,30 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Landboten 6,60 Mk. frei Haus. Einzelnummer 15 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 20 Pfg., im Reklameteil 60 Pfg., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Telefon Nr. 324.

Nr. 31 — Freitag, den 6. Februar 1920 — 46. Jahrg.

Deutschlands größte Schmach — die Auslieferung!

Der Ernst der Stunde.

Die deutsche Regierung hat die Auslieferungsliste nunmehr in der Hand und hat zu beraten, was werden soll. Unsere Gegner haben nicht hören wollen. Wir haben, wenn wir auch nicht recht daran glaubten, doch immer im stillen gehofft, daß unsere Gegner einen Funken von Verständnis für Menschlichkeit und für die Ehre des deutschen Volkes zeigen würden. Wir sind eines schlechteren belehrt worden. Nun sollen aber auch unsere Gegner, denn es handelt sich um Gegner und nicht um Mächte, mit denen wir eben Frieden geschlossen haben, sehen, was ist. Die deutsche Regierung teilt nunmehr den Wortlaut der Noten mit, die sie in der Auslieferungsfrage an die Entente gerichtet hat. Besonders bemerkenswert ist, daß dieser Notenwechsel eine Aufzeichnung zeigt, die eine freiere Sprache führt, als es sonst im diplomatischen Verkehr möglich ist, und in der deshalb ganz klar auf die Folgen des Auslieferungsbegehrens hingewiesen wurde.

Vor allem andern muß festgestellt werden, daß das ganze deutsche Volk, ohne Unterschied der Klasse und der politischen Parteien, das Auslieferungsbegehren aufs schärfste verurteilt. Durch diese ganz klare Stellungnahme des Volkes wird die Lage gekennzeichnet und der drohende Konflikt, der dadurch gegeben ist, daß die deutsche Regierung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages, einschließlich der §§ 228 bis 230, gezwungen wurde. Wenn die Regierung sich in Gegensatz zu der Meinung des ganzen Volkes setzen würde, so müßte sie, um die Durchführung dieser Paragraphen zu erzwingen, ein Gesetz einbringen, das in der Nationalversammlung natürlich nicht die nötige Majorität finden würde. Die Koalition würde auseinanderfallen. Aber selbst, wenn das Gesetz die Mehrheit fände, so würden sich keine Beamten finden, die an der Auslieferung ihrer Volksgenossen mitwirken würden. Die Regierung ist einer solchen Haltung gegenüber ohnmächtig. Sie kann die Beamten zwar aus ihren Stellungen entfernen, aber sie würde keine anderen finden, die mehr geneigt wären, sich ihren Befehlen zu fügen. Aber selbst schon durch die Tatsache, daß von der Regierung derartige Anweisungen gegeben würden, würde im Lande ein Sturm der Entrüstung entstehen. Die Folgen brauchen gar nicht näher beschrieben zu werden, sie liegen auf der Hand.

Im Zusammenhang damit würde der wirtschaftliche Zusammenbruch stehen, der nicht nur die §§ 228 bis 230, sondern den gesamten Friedensvertrag mit seinen über hundert Paragraphen völlig illusorisch machen würde. Unser Zusammenbruch würde aber zweifellos auch die bisherigen Gegner mit in den Abgrund reißen. Übertreibungen werden dem Ernst der Stunde nicht gerecht. Aber wir haben ein gutes Gewissen, daß wir nicht übertrieben haben, wenn wir die Lage so geschildert haben. Mögen unsere Gegner nun entscheiden, was werden soll. In ihre Hand ist gegeben: der Frieden oder das Weltenchaos.

*

Die deutsche Note zur Auslieferungsfrage.

Berlin, 4. Febr. Die am 25. Januar dem Präsidenten der Friedenskonferenz in Paris überreichte deutsche Note lautet:

Die deutsche Regierung hat den Regierungen der alliierten und assoziierten Hauptmächte Anfang November v. J. die verhängnisvollen Folgen dargelegt, die eine Durchführung der in den Artikeln 228—230 des Friedensvertrages enthaltenen Bestimmungen über die Auslieferung von Deutschen haben würden. Diese Darlegungen sind damals in einer den Vertretern der alliierten und assoziierten Hauptmächte überreichten, hier nochmals beigefügten Aufzeichnung zusammengefaßt worden. Die deutsche Regierung hat zur Vervollständigung dieser Darlegungen noch nachdrücklich darauf hingewiesen, daß das Auslieferungsbegehren der alliierten und assoziierten Regierungen in Deutschland zweifellos die schwersten Erschütterungen nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiete auslösen müßte. Diese würden die durchgreifendsten Maßnahmen, welche die deutsche Regierung zur Vermeidung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, vor allem auf dem Gebiete der Förderung der Produktion, insbesondere von Kohle, zu ergreifen im Begriff steht, auf das Äußerste gefährden, wenn nicht unmöglich machen. Dies würde natürlich die ernstesten Rückwirkungen für die Erfüllung der wirtschaftlichen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag unmittelbar nach sich ziehen.

In der Aufzeichnung vom 5. November v. J. wurde zugleich der Weg einer für Deutschland erträglichen und praktisch durchführbaren Regelung der Angelegenheit angedeutet. Die alliierten und assoziierten Hauptmächte haben inzwischen auch Kenntnis von einem weiteren Schritt der deutschen Regierung erhalten, der erneut ihren ernsten Willen beweist, die an einigen Kriegsverbrechen oder Kriegsvergehen schuldigen Deutschen der gerechten Bestrafung zuzuführen. Es handelt sich um das von den deutschen gesetzgebenden Körperschaften einstimmig angenommene, gleichfalls in einem Abdruck angeschlossene Gesetz zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen vom 18. Dezember 1919.

Der Friedensvertrag ist in Kraft getreten, ohne daß die alliierten und assoziierten Mächte ihren Willen zu erkennen gegeben hätten, in dieser Angelegenheit den dringenden Vorstellungen der deutschen Regierung Rechnung zu tragen. In der klaren, durch die Eindrücke der letzten Wochen nur noch verstärkten Überzeugung von dem außerordentlichen Ernst der Situation hält es die deutsche Regierung aber für ihre unabweisbare Pflicht, in letzter Stunde noch einmal an die alliierten und assoziierten Mächte heranzutreten, um die Angelegenheit einer die Interessen dieser Mächte befriedigenden, für Deutschland praktisch möglichen Erledigung zuzuführen. Sie wiederholt und präzisiert deshalb noch einmal den bereits früher zur Erwägung gestellten Vorschlag und gibt demgegenüber folgende Erklärung ab:

„Die deutsche Regierung wird die deutschen Strafverfolgungsbehörden anweisen, gegen alle Deutsche, die ihr von den alliierten und assoziierten Regierungen als eines Verstoßes gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges schuldig benannt werden, unverzüglich ein Strafverfahren auf Grund des zu übersehenden Materials einzuleiten. Sie wird alle Gesetze, die der Einleitung eines solchen Verfahrens etwa entgegenstehen, außer Kraft setzen, insbesondere die bestehenden Amnestiegesetze insoweit aufheben. Zuständig für das Strafverfahren soll das höchste deutsche Gericht, das Reichsgericht in Leipzig, sein. Außerdem wird der jeweils beteiligten alliierten und assoziierten Regierung das Recht eingeräumt, sich an dem Verfahren unmittelbar zu beteiligen. Über den Umfang dieser Beteiligung könnte eine besondere Vereinbarung getroffen werden. Es wäre z. B. eine Regelung in dem Sinne denkbar, daß die beteiligte alliierte und assoziierte Macht dem Verfahren einen Vertreter ihrer Interessen beiordnete, der befugt wäre, von allen die Sache betreffenden Schriftstücken und Akten Kenntnis zu nehmen, neue Beweisstücke vorzulegen, Zeugen und Sachverständige zu benennen, sowie überhaupt Anträge zu stellen und für die Interessen der verletzten Partei zu plädieren. Allen von den Vertretern gestellten Beweisanträgen würde stattzugeben sein. Solche Zeugen und Sachverständige, die Angehörige einer alliierten oder assoziierten Macht sind, würden auf Antrag des Vertreters von den zuständigen Gerichtsbehörden ihres Heimatstaates vernommen werden, wobei dem Angeklagten oder seinem Verteidiger die Anwesenheit zu gestatten wäre. Die von dem Reichsgericht erlassenen Urteile würden mit ihrer Begründung veröffentlicht werden. Die deutsche Regierung ist ferner bereit, über die Einsetzung einer zweiten Instanz in Verhandlung zu treten.

Die deutsche Regierung ist fest davon überzeugt, daß sich auf diesem Wege und nur auf diesem Wege die den Artikeln 228—230 des Friedensvertrages zugrunde liegenden Absichten der alliierten und assoziierten Mächte tatsächlich verwirklichen lassen. Würden diese Mächte dem entgegen auf der Auslieferung der angeschuldigten Personen bestehen, so würden sich aller Voraussicht nach nur solche Personen freiwillig den ausländischen Gerichten stellen, die sich schuldlos fühlen und deshalb auf eine Freisprechung rechnen können. Die wirklich Schuldigen dagegen würden der Bestrafung entgehen, da die Regierung, wie in der vorliegenden Aufzeichnung näher dargelegt ist, keine Organe finden würde, die bereit seien, die Verhaftung und Auslieferung durchzuführen.

Die Aufzeichnung vom 5. November hat folgenden Wortlaut: Der Standpunkt der deutschen Regierung, daß die Ehre und Würde des deutschen Volkes es nicht vertragen würden, wenn Volksgenossen, die eines Vergehens gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges beschuldigt werden, an fremde Gerichte ausgeliefert werden sollten, kann gegenwärtig nicht geltend gemacht werden. Über die Tatsache, daß das ganze deutsche Volk ohne Unterschied der Klasse und der politischen Partei dieses Gefühl teilt, ist von entscheidender Bedeutung. Wenn trotzdem die deutsche Regierung versuchen würde, die Auslieferung durchzuführen, so würde sie auf allen Seiten auf den schärfsten Widerstand stoßen. Zunächst würde es wahrscheinlich notwendig sein, ein neues Gesetz zu schaffen, auf Grund dessen man zwangsweise zur Ausführung der Auslieferung, besonders zur Festnahme der auszuliefernden Personen schreiten könnte.

Wenn die Mitglieder der gegenwärtigen Regierung einen solchen Gesetzentwurf vorlegen würden, so würden sie in der Nationalversammlung nicht die nötige Majorität dafür finden. In ihren eigenen Parteien würden sie nicht Gefolgschaft finden, denn jede Partei, welche dem Gesetz zustimmen würde, würde bei den nächsten Wahlen kompromittiert sein. Aber selbst, wenn ein solches Gesetz angenommen werden würde, würden die Anordnungen der Regierung hinsichtlich der Auslieferung undurchführbar sein. Die Beamten, die bei der Auslieferung ihrer Volksgenossen mitzuwirken hätten, würden das Gefühl haben, persönlich dafür verantwortlich zu sein und würden sich nicht dazu hergeben, einen Deutschen festzunehmen, um ihn den Gerichten der alliierten und assoziierten Mächte auszuliefern. Die Regierung würde gegenüber einer solchen Haltung ohnmächtig sein. Sie könnte diese Beamten aus ihren Stellungen entfernen, aber es würden sich keine anderen finden, die mehr geneigt wären, sich ihren Befehlen zu fügen.

Aber abgesehen von diesen Schwierigkeiten würde die deutsche Regierung, wenn sie Anordnungen dieser Art geben würde, einen solchen Sturm der Entrüstung entfachen, daß sie sich sowohl gegenüber dem Lande, wie dem Parlament und den Reichswehrtruppen in einer äußerst schwierigen Lage befinden würde, deren Folgen im einzelnen nicht näher beschrieben zu werden brauchen.

Obwohl es dessen kaum mehr bedürfte, ist die Aufmerksamkeit der Regierung vor einigen Tagen auf die außerordentliche Schwierigkeit seiner Lage durch eine Mitteilung des Vorsitzenden des Zentrumsparteil gelenkt worden. Der Berichterstatter der Zentrumspartei hat am 23. Oktober in öffentlicher Sitzung erklärt, daß die Mitglieder der Kommission davon überzeugt sind, daß die Auslieferung von deutschen Volksgenossen die größten Gefahren für das gesamte politische Leben, ja sogar für die politische Existenz Deutschlands nach sich ziehen würde. Die gegenwärtige Regierung sieht keinen Ausweg aus dieser Lage. Aber sie muß es als sicher betrachten, daß durch das Verlangen auf Auslieferung alle Bemühungen um den Frieden auf das schwerste gefährdet würden in dem Augenblick, wo der Friede sich nach unendlichen Schwierigkeiten zu verwirklichen scheint. Die deutsche Regierung ist sich dessen bewußt, daß sich von den alliierten und assoziierten Mächten nicht verlangen kann, ohne weiteres auf die Rechte, die sich aus den Artikeln 228—230 ergeben zu verzichten, sie weiß, daß ein vollkommener Verzicht der Artikel mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung unmöglich ist. Sie will den alliierten und assoziierten Regierungen aber auch nicht einen formellen und bestimmten Vorschlag einer anderweitigen Regelung machen.

Die Auslieferungsliste.

Dem „Hamburger Fremdenblatt" wird aus Paris gemeldet: Dienstag abend 8 Uhr erhielt Baron v. Lersner die Liste der auszuliefernden Deutschen, auf der 896 Namen stehen. Frankreich beansprucht 334, Belgien ebenfalls 334, England 97, Polen 57, Rumänien 41, Serbien 4. Überraschen muß, daß Italien 23 Deutsche ausgeliefert wünscht. Unter den Auszuliefernden befindet sich eine Frau Else Scheine, die von der französischen Regierung wegen schlechter Behandlung französischer Frauen in deutschen Konzentrationslagern angeklagt wird. Folgende Namen sind in der Liste enthalten:

von Bethmann Hollweg wegen Verletzung der belgischen Neutralität,
Prinz Eitel Friedrich wegen Diebstahls im französischen Schlössern,
der Kronprinz wegen Kriegsgrausamkeiten,
der Herzog von Württemberg wegen Hinrichtung von Zivilisten in Namur und anderen Städten,
Hindenburg wegen Zerstörung französischen Gebietes,
Ludendorff wegen allgemeiner Verantwortung an Kriegsgrausamkeiten,
Mackensen wird von der rumänischen Regierung gefordert,
Liman von Sanders wegen Grausamkeiten in Armenien.

England fordert die meisten U-Boot-Kommandanten, wobei es von jedem einzelnen genau angibt, welche Schiffe er versenkte und ob er vorher eine Warnung erteilt hat oder nicht.

Die deutsche Regierung zur Auslieferungsfrage.

Berlin, 5. Febr. In einer heute veröffentlichten langen Darstellung wird mitgeteilt, welche Stellung die deutsche Regierung bisher der Auslieferungsangelegenheit eingenommen hat, welche Schritte sie bisher getan hat, um dem Lande die äußerste Schmach zu ersparen. Nachdem den vor der Unterzeichnung des Schlußprotokolls in dieser Richtung unternommenen Schritten ein positives Ergebnis versagt geblieben war, hat nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Paris die Versuche, eine Einigung zu erzielen, in eingehenden mündlichen Besprechungen mit den Vertretern sämtlicher gegnerischer Hauptmächte fortgesetzt. Ferner hat die Reichsregierung Ende Januar die bereits veröffentlichte Note an die Gesamtheit der Gegner gerichtet, in der sie in letzter Stunde noch einmal ihren Standpunkt zusammenfassend darlegt und einen klaren positiven Vorschlag für eine wirksame Bestrafung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen gemacht hat. Die Regierung hat, so heißt es schließlich in der Darstellung, seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages kein Mittel unversucht gelassen, die Undurchführbarkeit der Auslieferung der Deutschen an fremde Gerichte klarzustellen, um eine sowohl den tatsächlichen Verhältnissen als auch den berechtigten Interessen beider Teile gerecht werdenden Regelung der Angelegenheit herbeizuführen.

Das Abschiedsschreiben des Frhr. v. Lersner.

London, 6. Febr. Die englischen Zeitungen veröffentlichen den Text des Schreibens, das Freiherr von Lersner den Präsidenten der Kriegskonferenz, Herrn Millerand, gerichtet hat. Das Schreiben lautet folgendermaßen: Paris, 3. Februar 1920. Herr Präsident! Eure Exzellenz haben mir heute abend die Note übermittelt, die die Namen der Deutschen enthält, deren Auslieferung die R. und A. Mächte verlangen. Ich habe den Vertretern der R. und A. Regierungen 10 mal schriftlich und 13 mal mündlich aufs dringendste die Gründe der Unmöglichkeit der Auslieferung dargelegt, wie auch die soziale Stellung und der Name des Beschuldigten sei. Ich rufe Euer Exzellenz die Erklärung, die ich beständig wiederholt habe, in die Erinnerung zurück: Man wird keinen deutschen Beamten finden, der sich dazu hergeben würde, in irgendeiner Weise zur Ausführung des Auslieferungsbegehrens beizutragen. Es käme einer Verhöhnung gleich, wenn ich die Note Euer Exzellenz der deutschen Regierung übermittein würde, und ich schicke sie Ihnen beigeschlossen zurück. Ich habe meiner Regierung mitgeteilt, daß ich meine Funktionen nicht mehr ausüben kann und Paris mit dem nächsten Zuge verlassen werde. Genehmigen Sie Herr Präsident die Versicherung meiner Hochachtung. gez. von Lersner.

Die Auffassung in Paris über die Lage.

Paris, 5. Febr. Gestern nachmittag beschäftigte man sich in den Wandelgängen der Kammer lebhaft mit der durch die unerwartete Abreise des Freiherrn v. Lersner geschaffenen Lage. Aus einer Erklärung Millerands einigen Parlamentariern gegenüber geht hervor, daß dieser Akt nur als eine aus eigenem Antriebe erfolgte Manifestation des Beamten ausgelegt werden muß, die aber die von den Alliierten verfolgte Aktion nicht zu unterbrechen imstande ist. Das Schreiben, dessen Überwittlung an die Regierung Herr v. Lersner verweigert habe, werde daher mit einer Liste der Schuldigen in Berlin übergeben werden. — Freiherr v. Lersner hat Paris am Mittwoch abend

Rücktritt des Bundesrats Calonder.

Bern, 6. Febr. (Priv.-Telegr.) Bundesrat Calonder hat dem Präsidenten der freisinnig-demokratischen Fraktion der Eidgenossenschaft mitgeteilt, daß er auf seinem Rücktrittsgesuch beharre. Infolgedessen wird eine Ersatzwahl für Calonder noch in dieser Session erfolgen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200206-13/fragment/page=0007